

Substanzielles Protokoll 55. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 3. Juli 2019, 17.00 Uhr bis 19.35 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Elena Marti (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Philippe Wenger

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Albert Leiser (FDP), Natascha Wey (SP), Barbara Wiesmann (SP), 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2019/262 | * Weisung vom 19.06.2019:
Kultur, Camerata Zürich, Beiträge 2020–2023 | STP |
| 3. | 2019/263 | * Weisung vom 19.06.2019:
Kultur, Forum Alte Musik Zürich, Beiträge 2020–2023 | STP |
| 4. | 2019/264 | * Weisung vom 19.06.2019:
Kultur, Zürcher Sängerknaben, Beiträge 2020–2023 | STP |
| 5. | 2019/265 | * Weisung vom 19.06.2019:
Kultur, Verein Spontankonzerte/Hombis Salon, Beiträge
2020–2023 | STP |
| 6. | 2019/244 | * Motion von Nadia Huberson (SP), Përparim Avdili (FDP) und
E 3 Mitunterzeichnenden vom 05.06.2019:
Kostenlose Einbürgerung für junge Erwachsene bis zum
25. Altersjahr, Änderung der Verordnung über die Gebühren
für die Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt | STP |
| 7. | 2019/277 | * Motion von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Sebastian Vogel (FDP)
E und 1 Mitunterzeichnenden vom 19.06.2019:
Verwendung des Gebäudes an der Röslistrasse 10 für den
Unterricht und die Betreuung der Schule Weinberg-Turner | VHB |
| 8. | 2019/279 | * Postulat von Markus Merki (GLP), Ernst Danner (EVP) und
E 8 Mitunterzeichnenden vom 19.06.2019:
Berücksichtigung der Quartieranliegen im Rahmen der
Sanierung der Umgebung des Schulhauses Buhnrain | VHB |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|----------------|--|-----|
| 9. | 2019/282 | *
E | Postulat von Olivia Romanelli (AL) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 19.06.2019:
Unterstützung und Förderung der vom Aussterben bedrohten einheimischen Honigbiene (<i>apis mellifera mellifera</i>) | VTE |
| 10. | 2019/213 | *
A/P
** | Motion der SP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019:
Ausübung des Vorkaufsrechts der Stadt für den Erwerb der Liegenschaft an der Krähbühlstrasse 58 | FV |
| 11. | 2019/150 | | Weisung vom 17.04.2019:
Elektrizitätswerk, Instandsetzung und Optimierung ewz-Areal Herdern, Erhöhung Projektierungskredit | VIB |
| 12. | 2018/87 | | Weisung vom 07.03.2018:
Amt für Städtebau, Öffentlicher Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C–F Wohnen/Gewerbe», Zürich-Seebach, Festsetzung; Abschreibung Postulat | VHB |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

1456. 2019/152

**Motion von Brigitte Fürer (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 17.04.2019:
Pflicht zur Realisierung von einem Drittel subventionierter Wohnungen pro Bau-
feld bei Gewährung eines Baurechts auf dem Areal Thurgauerstrasse West**

***Gabriele Kisker (Grüne)** beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Wir sind erstaunt, dass diese Motion nicht auf der Traktandenliste steht. Dies ist formal natürlich richtig, denn die Beantwortung durch den Stadtrat liegt noch nicht vor. Wir sind aber bis zuletzt davon ausgegangen, dass sie inklusive der Thurgauerstrasse traktandiert wird.*

Der Rat wird über den Antrag am 10. Juli 2019 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Persönliche Erklärungen:

Heidi Egger (SP) hält eine persönliche Erklärung zu den Verdiensten von Marie Heim-Vögtlin.

Andrea Leitner Verhoeven (AL) hält eine persönliche Erklärung zur aussergerichtlichen Vereinbarung des Kantons Zürich mit den Rekurrenten gegen die Gestaltungspläne zum Hochschulgebiet Zürich Zentrum.

G e s c h ä f t e

1457. 2019/262

**Weisung vom 19.06.2019:
Kultur, Camerata Zürich, Beiträge 2020–2023**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 1. Juli 2019

1458. 2019/263

**Weisung vom 19.06.2019:
Kultur, Forum Alte Musik Zürich, Beiträge 2020–2023**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 1. Juli 2019

1459. 2019/264

**Weisung vom 19.06.2019:
Kultur, Zürcher Sängerknaben, Beiträge 2020–2023**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 1. Juli 2019

1460. 2019/265

**Weisung vom 19.06.2019:
Kultur, Verein Spontankonzerte/Hombis Salon, Beiträge 2020–2023**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 1. Juli 2019

1461. 2019/244

**Motion von Nadia Huberson (SP), Pärparim Avdili (FDP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 05.06.2019:
Kostenlose Einbürgerung für junge Erwachsene bis zum 25. Altersjahr, Änderung der Verordnung über die Gebühren für die Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1462. 2019/277

**Motion von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Sebastian Vogel (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 19.06.2019:
Verwendung des Gebäudes an der Röslistrasse 10 für den Unterricht und die Betreuung der Schule Weinberg-Turner**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1463. 2019/279

**Postulat von Markus Merki (GLP), Ernst Danner (EVP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 19.06.2019:
Berücksichtigung der Quartieranliegen im Rahmen der Sanierung der Umgebung des Schulhauses Buhnrain**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1464. 2019/282

**Postulat von Olivia Romanelli (AL) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 19.06.2019:
Unterstützung und Förderung der vom Aussterben bedrohten einheimischen Honigbiene (*apis mellifera mellifera*)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1465. 2019/213

**Motion der SP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019:
Ausübung des Vorkaufsrechts der Stadt für den Erwerb der Liegenschaft an der
Krähbühlstrasse 58**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Florian Utz (SP) vom 26. Juni 2019 (vergleiche Beschluss-Nr. 1421/2019)

Die Dringlicherklärung wird von 68 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1466. 2019/150

**Weisung vom 17.04.2019:
Elektrizitätswerk, Instandsetzung und Optimierung ewz-Areal Herdern, Erhöhung
Projektierungskredit**

Antrag des Stadtrats

Der mit Verfügung des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe vom 16. April 2015 in Höhe von Fr. 894 800.– bewilligte und mit GR Nr. 2015/404 um Fr. 9 097 240.– auf Fr. 9 992 040.– erhöhte Projektierungskredit für die Optimierung des Areals Herdern zur Nutzung als Hauptstandort des Verteilnetzes des Elektrizitätswerks wird um Fr. 7 794 982.– auf Fr. 17 787 022.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Änderungsantrag:

Matthias Probst (Grüne): *Bereits 2016 haben wir 10 Millionen Franken für einen Projektierungskredit in der Herdern bewilligt. Wir erneuern diesen Kredit nicht, sondern stocken ihn um 7,8 Millionen Franken auf 17,8 Millionen Franken auf, weil wir mittlerweile schlauer geworden sind und gleich mehrere Dinge auf einmal erledigen. Was passiert überhaupt in der Herdern? Es ist einer der Hauptstandorte des ewz, dort ist der gesamte Geschäftsbereich Verteilnetze untergebracht. Nach Abschluss dieses Projekts sollen dort rund 600 Arbeitsplätze des ewz Platz finden. Damit würde das ewz nur noch über zwei Standorte verfügen: Herdern und Oerlikon. Alle anderen Drittstandorte, die auch Fremdmieten verursachen, würden abgebaut – mit Ausnahme des Kundenzentrums am Beatenplatz. Zusätzlich soll die Lagerfläche in der Herdern neu organisiert werden. Das Projekt umfasst die Instandsetzung und Erweiterung des Hauptbaus mit Büronutzung. Dabei soll die Büro- von der Logistikknutzung entflechtet werden. Parterre und UG werden freigespielt. Auch soll die Lagerhalle neu gebaut werden. Hier wurde das Projekt etwas reduziert, weil es auch Lagerflächen im Aussenbereich umfasst. Die Lagerfläche konnte durch eine neue Organisation insgesamt um 55 Prozent reduziert werden. Dies konnte auch erreicht werden, weil der Roll-out des Glasfasernetzes bald abgeschlossen sein wird. Gemäss Zeitplan beschliessen wir noch dieses Jahr den Projektierungskredit, der Objektkredit wird bald folgen. Dieser soll nächstes Jahr dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Der Projektierungskredit von 17,8 Millionen Franken muss nicht vors Volk. Bis 2022 soll das Zentrallager bezugsfertig sein, das Hauptgebäude im Jahr 2025. Was ist neu gegenüber dem im Jahr 2016 beschlossenen Vorprojekt? Ich möchte Ihnen die wichtigsten Änderungen hervorheben: Einerseits wird die Logistik komplett aus dem Hauptgebäude ausgelagert sein. Die Lagerflächen wurden aufgrund von Optimierungen massiv reduziert, das sollte im Endeffekt viel Geld einsparen aber auch die Ordnung*

verbessern. Im Hauptgebäude wird alles auf einmal gebaut statt in Etappen. Dazu gehört das Erdgeschoss mit Empfangsbereich und die Cafeteria. Auf die Cafeteria werden wir anschliessend noch genauer zu sprechen kommen. Weiter besteht ein Pilotprojekt über eine saisonale Nutzung des Grundwassers, das unter dem Gelände fliesst – ein sehr spannendes Projekt. Sollte es Schule machen, sähen wir gerne mehr davon. Das Grundwasser soll dabei sowohl zur Wärmeengewinnung als auch zur Kühlung genutzt werden. Es soll im Sommer die Wärme aus dem Gebäude abführen, unter dem Gebäude speichern und diese Wärme im Winter wieder abgeben. Das Grundwasser wäre jeweils ein halbes Jahr unter dem Gebäude und hätte sowohl davor als auch danach die gleiche Temperatur. Die Voraussetzung für das Funktionieren dieses Prozesses ist, dass sich Kälte- und Wärmebedarf in etwa die Waage halten. Sollte dieses Verfahren funktionieren, könnte man für die ganze Schweiz einen nützlichen Beitrag zur Erfüllung des Pariser Abkommens leisten. Weiter soll eine grossflächige Fotovoltaikanlage installiert werden. Sollte sich die Technik in dieser Zeit weiterentwickeln, könnte sich die Anlage noch etwas verändern. In der Stadt Zürich ist das mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Die Kommission empfiehlt Ihnen deshalb einstimmig, die Weisung anzunehmen. Nicht einstimmig ist die Kommission in Bezug auf den Antrag der Grünen, den ich Ihnen auch gleich noch begründen werde. Der Änderungsantrag verlangt, dass ein öffentliches Café zum Pfingstweidpark hin betrieben werden kann. Der Pfingstweidpark verfügt noch über kein Café – ausser jenem überteuerten im Turm, der aber nicht im Park steht. Wir sind der Meinung, dort passt ein entsprechendes Angebot hin. Uns wurde gesagt, dass ewz dies ebenfalls bereits geprüft hatte, aber anscheinend ist dies zonenrechtlich schwierig. Wir hoffen, man kann das noch lösen, deshalb würden wir uns freuen, wenn das Café öffentlich konzipiert würde. Vielleicht kann man die Eisenbahnwagen nutzen, die dort hin und wieder herumstehen. Die Mehrheit sieht dies auch so und empfiehlt Ihnen, den Dispoantrag 2 anzunehmen.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag:

Guido Hüni (GLP): Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung, die keine Minderheits- sondern eine GLP-Meinung darstellt. Matthias Probst (Grüne) sagte, das Projekt sei einstimmig angenommen worden. Das stimmt so, trotzdem erlauben Sie mir die Bemerkung: Wir sprechen hier über ein sehr teures Projekt. Wir sprechen hier nicht von einem simplen Büro- und Lagerraum, sondern von einem imposanten architektonischen Bau, der aussieht wie ein umgekehrter Flaschenöffner. Dies führte doch zu grösseren Diskussionen. Ich komme nun zu der Vertretung der Minderheitsmeinung zum Dispositivpunkt 2, dem Café. Die Minderheit ist nicht grundsätzlich gegen ein Café, aber in dieser Gegend besteht kein wirklicher Mangel an Cafés und die Entwicklung zeigt, dass es immer mehr werden. Matthias Probst (Grüne) hat den Kern dessen umschiff, um was es hier geht. Wir sprechen hier von einer Umzonung und anschliessend von einem öffentlichen Gestaltungsplan, den wir für dieses Café brauchen. Wir diskutieren hier drin immer wieder Gestaltungspläne, aber es ist unverhältnismässig, für ein Café diesen Prozess durchzugehen. Aber so wie die Mehrheiten im Moment liegen, werden wir in zwei bis drei Jahren über einen solchen öffentlichen Gestaltungsplan zur Umnutzung des ewz-Cafés in ein öffentliches Café diskutieren.

Weitere Wortmeldungen:

Elisabeth Schoch (FDP): Wir werden das unterstützen. Ich möchte aber noch etwas zum Standort sagen: Es hat ja schon ziemlich viele Cafés, aber das Quartier ist noch daran, sich zu entwickeln und der Pfingstweidpark wird zu wenig genutzt. Ich bin der Meinung, man darf es ruhig unterstützen, dass dieser Park stärker genutzt wird. Das soll auch helfen, dass er weniger für seltsame und illegale Demopartys genutzt wird.

Andreas Kirstein (AL): Die AL wird die Weisung in ihrem Hauptteil unterstützen. Dank den Grünen haben wir jetzt die Gelegenheit, über einen ganz kleinen Teil doch noch etwas ausführlicher zu diskutieren: Das Café. Planungsrechtlich hat Guido Hüni (GLP) schon alles gesagt, was es dazu zu sagen gibt: Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Die Frage ist, ob der Pflingstweidpark an einer Unternutzung leidet, wie es Elisabeth Schoch (FDP) sagte. Die Stadt hat von den umliegenden Grundeigentümern zu wenig für die Erstellung dieses Parks erhalten – dies hatten wir damals intensiv kritisiert. Jetzt soll die Stadt den Park auch noch durch das Café vergolden und somit ihre eigene, fehlgelaufene Aufwertung dieses sogenannten Freiraums durch eine zusätzliche Aufwertung zu retten. Das halten wir für absolut unnötig. Wenn schon, müssten in diesem Park ganz andere Aktivitäten gefördert werden. Kürzlich hatten wir dies in Form einer politischen Besetzung. Mit dieser Besetzung lief endlich mal etwas in diesem Park und es war vor allem eine nicht-kommerzielle Nutzung. Wir sehen nicht ein, warum die Stadt ein Café hinstellen muss und werden das dementsprechend ablehnen.

Marianne Aubert (SP): Hier handelt es sich nicht um eine Idee aus dem blauen Himmel. Es wird so oder so ein Café erstellt werden. Dieses wird ewz-intern sein und unser Vorschlag ist lediglich, ob man dieses öffentlich machen und so die Gegend beleben kann.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Ich danke Ihnen, dass Sie dieser Anpassung an das neue Logistikkonzept von ewz zustimmen. Sie erweisen der Entwicklung von ewz damit einen grossen Dienst – insbesondere auch für das Personal, das heute unter ungeeigneten Bedingungen an diesem Standort arbeiten muss. Zum Café: Wenn Sie diesen Dispoantrag in die Weisung schreiben, sind wir offen dafür, die Anlage so zu bauen, dass das Café öffentlich gemacht werden kann, sollte die Zonenänderung erfolgen. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ewz, die sehr viel Wissen in diese Weisung fliessen liessen. Dank ihnen können wir ein modernes Logistikzentrum für ewz erstellen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Planungsrecht ist eine komplexe Materie. In der Zone für öffentliche Bauten kann kein öffentliches Café bewilligt werden. Das kann man absurd finden oder nicht, es ist so. Das würde bedeuten, man müsste den entsprechenden Planungsschritt einleiten. Wir kennen weitere solche Fragestellungen an anderen Orten. Man könnte einigen Kolleginnen und Kollegen auf kantonaler Ebene darauf hinweisen, dass sie das PBG anpassen könnten.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

2. Im Parterre wird eine Verpflegungsstätte so konzipiert, dass nach der zonenrechtlichen Lösungsfindung ein öffentliches Café zum Pflingstweidpark hin betrieben werden kann.

Mehrheit: Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Vizepräsident Michael Kraft (SP), Marianne Aubert (SP), Martin Bürki (FDP) i. V. von Elisabeth Schoch (FDP), Niyazi Erdem (SP), Markus Kunz (Grüne), Dubravko Sinovcic (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Minderheit: Guido Hüni (GLP), Referent; Andreas Kirstein (AL), Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Vizepräsident Michael Kraft (SP), Marianne Aubert (SP), Martin Bürki (FDP) i. V. von Elisabeth Schoch (FDP), Niyazi Erdem (SP), Guido Hüni (GLP), Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Ronny Siev (GLP), Dubravko Sinovcic (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

1. Der mit Verfügung des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe vom 16. April 2015 in Höhe von Fr. 894 800.– bewilligte und mit GR Nr. 2015/404 um Fr. 9 097 240.– auf Fr. 9 992 040.– erhöhte Projektierungskredit für die Optimierung des Areals Herdern zur Nutzung als Hauptstandort des Verteilnetzes des Elektrizitätswerks wird um Fr. 7 794 982.– auf Fr. 17 787 022.– erhöht.
2. Im Parterre wird eine Verpflegungsstätte so konzipiert, dass nach der zonenrechtlichen Lösungsfindung ein öffentliches Café zum Pfingstweidpark hin betrieben werden kann.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 10. Juli 2019 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 9. September 2019)

1467. 2018/87

Weisung vom 07.03.2018:

Amt für Städtebau, Öffentlicher Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C-F Wohnen/Gewerbe», Zürich-Seebach, Festsetzung; Abschreibung Postulat

Antrag des Stadtrats

1. Der öffentliche Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C–F Wohnen/ Gewerbe», bestehend aus Gestaltungsplanvorschriften und Situationsplan Mst. 1:1000 (Beilagen, datiert 19. Dezember 2017), wird festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am öffentlichen Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C–F Wohnen/Gewerbe» in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im

Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

3. Der Stadtrat setzt den öffentlichen Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C–F Wohnen/Gewerbe» nach rechtskräftiger Genehmigung durch die kantonale Instanz in Kraft.

Unter Ausschluss des Referendums:

4. Vom Bericht nach Art. 47 RPV (Beilage, datiert 19. Dezember 2017) wird Kenntnis genommen.
5. Vom Bericht zu den Einwendungen (Beilage, datiert 19. Dezember 2017) wird zustimmend Kenntnis genommen.
6. Das Postulat Nr. 2016/167 von Matthias Probst (Grüne) und Dr. Davy Graf (SP) vom 18. Mai 2016 betreffend Gebiet in städtischem Besitz entlang der Thurgauerstrasse, Entwicklung als autoarmes Quartier, wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Patrick Hadi Huber (SP): *Diese Vorstellung kann nicht losgelöst von den beiden nachfolgenden Weisungen präsentiert werden. Alle drei zusammen schaffen den Rahmen dafür, wie in Zürich-Seebach mit einer der letzten grossen Landreserven der Stadt umgegangen werden soll. Die Basis dafür bilden die städtebaulichen Konzepte von Meili & Peter Architekten AG und Vogt Landschaftsarchitekten. Gestaltungspläne und die BZO-Anpassung ermöglichen auf den einzelnen Baufeldern die Erstellung von über 700 Wohnungen, 200 Alterswohnungen, die Ansiedelung von Gewerbe, eine Schulanlage und einen Quartierpark. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission empfiehlt dem Gemeinderat die der Entwicklung des Areals zugrundeliegenden Zonenplanänderungen und Gestaltungspläne mit bestimmten Anpassungen zur Annahme. Das 65 000 m² grosse Areal Thurgauerstrasse hat eine wichtige Funktion in der Stadtentwicklung und bei der inneren Verdichtung Zürichs. Mit der Entwicklung des Areals zwischen den Bürogebäuden an der Thurgauerstrasse und dem Einfamilienhausquartier Grubenacker erfüllt der Stadtrat politische Vorgaben wie Verdichtung, ein Drittel gemeinnützige Wohnungen, die Förderung des Gewerbes und die 2000-Watt-Gesellschaft. Wir werden auf die wesentlichen Teile der drei Weisungen sicherlich in der Grundsatzdebatte zu sprechen kommen, da es sich um zusammenhängende Elemente handelt. Auch in den Kommissionsberatungen haben wir die drei Weisungen immer gemeinsam behandelt. Ein Teil des Projekts ist eine Schulanlage, in deren Einzugsgebiet die geplante Siedlung Leutschenbach fällt. Das Schulhaus und der angrenzende Quartierpark zum Grubenacker waren in der Kommission mehrheitlich unbestritten. Das Ziel der Verdichtung birgt allerdings einige Herausforderungen. Dies zeigen die, in Bezug auf die gesamte Überbauung und der Zahl der erschlossenen Parteien, zahlreichen Änderungswünsche. Wir haben uns als Kommission dieser Aufgabe gestellt und an zahlreichen Orten Informationen eingeholt. Es zeigte sich, dass für alle die sozialverträgliche Verdichtung ein wichtiges Element darstellt. Das angrenzende Grubenacker-Quartier mit seiner kleinzelligen Struktur stellt dabei genauso eine Herausforderung dar wie die Tatsache, dass die gegenüberliegende Seite des Grundstücks hinter der Thurgauerstrasse ebenso eine städtebauliche Antwort verlangt – allein schon wegen dessen hohen Dichte und Höhe. Es war deshalb entscheidend, die Weisung in beide Richtungen zu prüfen. Angesichts der Anliegen des kleinteiligen Grubenacker-Quartiers fordert eine Minderheit von AL und SVP die Rückweisung an den Stadtrat. Die Stadt soll eine neue Testplanung aufstellen, die eine organische Entwicklung des gesamten Quartiers erlaubt. Die SVP wünscht sich eine bessere Erschliessung des Grubenackerquartiers und erachtet die Hochhäuser nicht als Notwen-*

digkeit. Während die Kommissionsmehrheit einige der Forderungen durchaus teilt, erachten wir die Rückweisung und dadurch eine mehrjährige Verzögerung des Projekts als nicht zielführend. Vor allem steht dabei das Argument des Stadtrats im Zentrum, dass eine Ausdehnung des Überbauungssperimeters planungsrechtlich nicht zulässig sei. STR André Odermatt versicherte zudem, dass die Stadt den Anrainern bei Bauvorhaben Unterstützung anbietet und im Dialog steht mit den Interessengemeinschaften sowie der Wohnbaugenossenschaft Grubenacker. Die Kommission wird mit verschiedenen Anträgen in der Detailberatung Änderungen am Text des Gestaltungsplans vornehmen. Es herrscht etwa Skepsis darüber, ob aus der Vorzone entlang der Thurgauerstrasse wirklich die vom Stadtrat prognostizierte, belebte Flaniermeile entstehen kann. Mit einer gewissen Durchbrechung dieser geraden Linie soll das Leerstandsrisiko verringert und die Anbindung an das Quartier verbessert werden. Es geht auch um eine Optimierung der bebauten Fläche auf dem ganzen Areal. So fordert eine Mehrheit, in Vorzonen zu variieren und die publikumsintensiven Nutzungen auf der Höhe des Parks und der Tramhaltestelle zu konzentrieren. Die FDP möchte mit ihrem Antrag darüber hinaus auch eine Wohnnutzung in den Erdgeschossen nicht ausschliessen. Einstimmigkeit herrscht beim Erhalt des Grünraums, der aufgrund der hohen Verdichtung bedrängt wird. Bestehende Bäume sollen bleiben und weitere Grossbäume gepflanzt werden. Flankierend werden wir heute Abend weitere Vorstösse zum Thema Partizipation des Quartiers bei der Projektausarbeitung sowie die Unterstützung der neugegründeten Genossenschaft diskutieren. Die quartierfreundliche Gestaltung der Thurgauerstrasse stand bereits vor einigen Wochen hier drin zur Diskussion. Darum wird die Passerelle ebenfalls aus dem Gestaltungsplan gestrichen. Damit die soziale Durchmischung der Siedlung gewährleistet wird, muss die Einhaltung der Kostenlimite für die Realisierung von subventioniertem Wohnraum ein Thema sein. Die Antwort zu dieser Motion liegt allerdings noch beim Stadtrat pendent. Weitere Vorstösse fordern eine Verbesserung der Zufahrt zum Grubenackerquartier, die Reduktion der Parkplätze der Blauen Zone, die Optimierung der Heizvorsorge und die Förderung des Anschlusses bestehender Häuser an die Fernwärme. Sie sehen also, dass die Kommission intensiv beraten hat. Bei der Vorbereitung dieser Präsentation durfte ich auf ein Gesamtdokument von 731 Seiten zurückgreifen, die in der Beratungszeit von insgesamt 15 Stunden, verteilt auf 16 Sitzungen, entstanden sind. Dabei sind Mehrstunden nicht inkludiert, die uns alle Zuhause und in der Fraktion entstanden sind. Wir hatten die WBG, den Dachverband der Wohnbaugenossenschaften, bei uns zu Gast und wurden von der IG Grubenacker zu einem Rundgang eingeladen. Das Angebot nahmen wir ausserhalb der Sitzungszeit gerne wahr und es waren alle Fraktionen präsent. Es ist ein deutliches Zeichen, dass die Weisung interessiert und engagiert behandelt wurde. Darum danke ich allen Kommissionsmitgliedern für die kritisch-konstruktive Arbeit und den intensiven Einsatz. Darüber hinaus möchte ich allen Mitarbeitenden der Verwaltung für die grosse Geduld bei der Beantwortung unserer vielen Fragen danken, insbesondere Cyrill Achermann auf der Tribüne. Die Mehrheit der Kommission möchte Sie bitten, der Anpassung der Bau- und Zonenordnung zuzustimmen.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1468/2019-1473/2019)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1468. 2019/304

**Erklärung der SP-Fraktion vom 03.07.2019:
Öffentlicher Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse»**

Namens der SP-Fraktion verliest Dr. Florian Blättler (SP) folgende Fraktionserklärung:

Bezahlbarer Wohnraum für über 2000 Menschen.

Mit den Gestaltungsplänen und der BZO-Änderung schaffen wir heute die Voraussetzung, dass 700 ausschliesslich gemeinnützige Wohnungen, 200 Alterswohnungen sowie Gewerberaum erstellt werden können. Zusammen mit dem Schulhaus und dem Park bringt uns dies der Erfüllung der Aufträge in der Gemeindeordnung - dem Drittelsziel und der 2000-Watt-Gesellschaft - ein gutes Stück näher.

Das 6,5 Hektaren grosse Areal Thurgauerstrasse gehört zu den letzten grossen Baulandreserven der Stadt Zürich. Es ist bestens erschlossen und in den Richtplänen und den Plänen der Bau- und Zonenordnung schon lange für eine Überbauung vorgesehen. Die vorliegenden Gestaltungspläne ermöglichen bezahlbaren Wohn- und Lebensraum für über 2000 Menschen. Die Überbauungen erfüllen damit eine zentrale Forderung der SP, dass ein Drittel des Wohnraums in der Stadt gemeinnützig sein muss. Mit der Schaffung von 15'000 Quadratmetern preisgünstiger Gewerbefläche wird eine weitere Forderung der SP erfüllt. Zusammen mit dem Leutschenbach entsteht so ein neues Quartier in Zürich Nord mit über 5000 Einwohner*innen. Gleichzeitig zum Bau des Wohnraumes ermöglichen die vorliegenden Gestaltungspläne den Bau eines Schulhauses und eines grosszügigen Parks genau für die Menschen, welche dieses Quartier bewohnen werden.

Das Areal Thurgauerstrasse ist verkehrstechnisch hervorragend mit den Tramlinien 10 und 11 sowie dem nahe gelegenen Bahnhof Oerlikon erschlossen. Dieser kann auch zu Fuss oder per Velo innerhalb weniger Minuten erreicht werden. Entsprechend verlangt die SP, dass die gesamte Überbauung für autoarmes Wohnen ausgelegt wird. Um das ganze Areal dem 2000-Watt-Ziel näher zu bringen, verlangt die SP zusammen mit der einstimmigen Kommission Verbesserungen im Bereich der Eigenversorgung mit elektrischer Energie und Wärme.

Städtebaulich stellt die Überbauung des Areals eine Herausforderung dar. Westlich des Areals befindet sich das kleinteilige Grubenackerquartier, welches mehrheitlich aus Einfamilienhäusern besteht. Die gegenüberliegende Seite der Thurgauerstrasse säumen massive Gewerbe- und Bürogebäude. Mit einer klaren Abstufung von der Thurgauerstrasse hin zum Grubenackerquartier wird dem Rechnung getragen. Mit Begleitvorstössen postuliert die SP die Sicherung der Zufahrt zur Grubenackerstrasse, Parkplätze in der Blauen Zone nur für Anwohnerinnen und Anwohner, sowie den Anschluss des Quartiers ans Fernwärmenetz. Anträge zur Verbesserung der Vorzone sowie zur Reduktion der Parkplätze unterstützt die SP ebenso. Besucherparkplätze sollen grundsätzlich in den Untergrund verlegt werden. Mit der Variation der Vorzone sollen publikumsintensive Nutzungen um den Park und die Tramhaltestellen konzentriert werden. Um in diesen Projekten auch subventionierten Wohnraum zu schaffen, unterstützen wir die Motion der Grünen, die einen Drittel subventionierten Wohnraum pro Baufeld fordern. Sie wird im Rat erst später behandelt, aber es muss essentieller Bestandteil für die Ausarbeitung der Baurechtsverträge sein, dass auf dem Areal mindestens ein Drittel Wohnungen für sehr tiefe Budgets entstehen.

Die Überbauung nun mit der eingereichten Rückweisung des Gestaltungsplanes für mehrere Jahre oder gar Jahrzehnte zu blockieren, kommt für die SP nicht in Frage. Bezahlbarer Wohnraum ist heute notwendig und nicht erst in einer fernen Zukunft.

1469. 2019/305

**Erklärung der FDP-Fraktion vom 03.07.2019:
Öffentlicher Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse»**

Namens der FDP-Fraktion verliest Thomas Kleger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Eine Überbauung nach rot-grünem Wunschzettel zugunsten Weniger

Die Stadt Zürich befindet sich in einer Phase der Veränderung und hat die Herausforderung, in den nächsten Jahren einen grossen Bevölkerungszuwachs zu bewältigen. Im Stadtgebiet Zürich Nord wird das Bevölkerungswachstum verhältnismässig am stärksten zunehmen. Auf diesen Anstieg müssen wir vorbereitet sein.

Es gilt, die bestehenden Flächen möglichst ökologisch und effizient zu nutzen und durch verdichtetes Bauen eine grössere Ausnutzungsziffer zu erzielen. Eine der letzten grossen Landreserven der Stadt Zürich befindet sich in Zürich Nord entlang der Thurgauerstrasse. Auf dem rund 65'000m² grossen Areal sollen gemäss

den vorliegenden Weisungen 700 Wohnungen, ein Schulhaus, Gewerberäume und ein Quartierpark entstehen.

Die Weisung wurde in der Kommission während rund einem Jahr äusserst kritisch diskutiert. Die FDP ist mit dem Resultat der Beratungen nicht besonders glücklich. Grundsätzlich sehen wir einer neuen Überbauung und der Verdichtung in der Stadt Zürich positiv entgegen. Insbesondere, wenn dadurch neue Wohnungen und ökonomischer, ökologischer und sozialer Mehrwert geschaffen werden.

Jedoch wurden an dieser Weisung aussergewöhnlich viele Veränderungen und Anpassungen in der Kommission vorgenommen, die wir nicht mittragen können. Rot-Grün bringt mit mehreren Postulaten weitere Wünsche ein, um die Weisung nach seinen Maximalvorstellungen umzugestalten. Die Vorlage weist nicht mehr denselben Charakter auf, wie sie vom Stadtrat verabschiedet wurde. Wir können einzig die Forderungen unterstützen, welche auf einen aktiven Einbezug des Grubenacker-Gebiets ausgelegt sind. Während der Ausarbeitung der Weisung hat man es verpasst, die Nachbarschaft offen und konstruktiv einzubinden. Gemeinsam mit vielen Bewohnerinnen und Bewohnern des Grubenacker-Quartiers wünscht sich die FDP eine gesamtheitliche Betrachtung des gesamten Areals von der Thurgauerstrasse bis zur SBB-Bahnlinie.

Der FDP ist es ein besonderes Anliegen, das Verbot von Wohnnutzungen im Erdgeschoss aus dem Gestaltungsplan zu streichen. Wir wollen der Entwicklerin des Gebiets die Freiheit lassen, neben Gewerbenutzungen auch Wohnnutzungen im Erdgeschoss zu ermöglichen. Einerseits sind wir der Ansicht, dass es in den kommenden Jahren viel mehr Wohnungen braucht. Andererseits gehen wir nicht davon aus, dass im Moment genug Bedarf für so viele Gewerberäumlichkeiten bestehen. Damit konnten wir auch eine Mehrheit in der Kommission überzeugen und hoffen, dies ebenfalls heute im Rat zu tun.

Je nach Ausgang der Abstimmungen über die Änderungsanträge wird sich die FDP Fraktion in der Schlussabstimmung positionieren. Wäre die ursprüngliche Weisung trotz rot-grünem Anstrich noch vertretbar gewesen, sind die vielen Anti-Auto-Vorstösse nicht mehr logisch, sondern nur noch ideologisch begründet. Das kann die FDP nicht unterstützen.

1470. 2019/306

Erklärung der SVP-Fraktion vom 03.07.2019: Öffentlicher Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse»

Namens der SVP-Fraktion verliest Thomas Schwendener (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Verdichtung à gogo

Die stetig wachsende Stadt gerät wegen den zunehmenden Anforderungen an die Erweiterung ihrer Infrastruktur immer mehr an den Rand ihrer Kapazitäten. Die Stadt ist daran, ihrer letzten grossen Baulandreserven zu verbauen. So soll an der Thurgauerstrasse ein erdrückender Megablock entstehen, was zu einer weiteren überhasteten Verdichtung führt. Ob die vorgesehene auflockernde Boulevardstrasse entlang dem Gebäude tatsächlich realisiert werden kann, stellt die SVP in Frage. Auch die geplanten Erdgeschossnutzungen führen nicht automatisch zur gewünschten Belebung, vor allem dann nicht, wenn Laufkundschaft und Parkplätze fehlen.

Kritisch betrachtet die SVP auch die Erschliessung der Zu- und Wegfahrten zum Grubenackerquartier und eine fehlende sinnvolle Querverbindung für den Verkehr. Es ist fahrlässig, die Thurgauerstrasse, eine der zentralen Verkehrsachsen der Stadt Zürich, überhastet auf Tempo 30 reduzieren zu wollen. Nicht zuletzt weil diese auch das Quartier Seebach verkehrstechnisch entlastet. Einmal mehr will der rotgrüne Stadtrat dem Gewerbe und den Arbeitnehmenden aus der Region ihre dringend benötigten Parkplätze schrittweise streichen, ganz nach dem Motto: «Zuerst autoarm, dann autofrei!»

Aus diesen Gründen weist die SVP diese «High-Speed-Verdichtungs-Vorlage» zurück und wünscht sich eine quartierverträglichere Lösung. Dem Teilgebiet B stimmt die SVP allerdings zu. Dieses umfasst eine dringend benötigte Schule und einen Quartierpark, der das Quartier aufwertet.

Bei privaten Bauprojekten äussern sich die linken Parteien jeweils kritisch, wenn der Boden versiegelt, grosse offene Freiflächen verschwinden oder wichtige Luftkorridore verbaut werden. Wenn der Staat das Gleiche tut, schauen sie weg.

1471. 2019/307

**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 03.07.2019:
Öffentlicher Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse»**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Brigitte Furer (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Den Dampfer auf Kurs bringen für einen vielfältigen Nutzungs-Mix, eine gezielte Partizipation und eine funktionierende Quartierentwicklung

In Seebach wird auf einem Grundstück, das der Stadt Zürich gehört, ein Stück neue, dichte Stadt mit 700 Wohnungen, Gewerbe, einem Schulhaus und einem Park entstehen. Eine wunderbare Ausgangslage, um dem wohnpolitischen Drittelsziel einen Schritt näher zu kommen und ein vorbildliches Planwerk zu schaffen.

Trotz dieser formidablen Ausgangslage wurde um den Gestaltungsplan und die notwendige Anpassung der Bau- und Zonenordnung in der Kommission hart gerungen. Die von allen Fraktionen eingereichten Vorstösse zeugen davon. Seitens AL und SVP liegt zudem ein Rückweisungsantrag vor. Inhaltlich unterstützen die Grünen die aufgeführten Anliegen. Die Grünen setzen aber auf Begleitvorstösse, um diesen wichtigen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen und in der weiteren Bearbeitung aufzunehmen.

Bei den weiteren Schritten, wird die Stadt aufgefordert, ihre Handlungsspielräume aktiv, ideenreich und vorbildhaft zu nutzen und alles daran zu setzen, dass auf dem Areal:

- ein vielfältiger Nutzungsmix, eine soziale Durchmischung, ein differenziertes Freiraumangebot mit ökologisch wertvollen Grünstrukturen entstehen kann;
- eine gezielte Partizipation der Interessengruppen bei den weiteren Schritten erfolgt, so der Einbezug der Anliegen der Nachbarschaft des angrenzenden Grubenackerquartiers;
- eine attraktive Anbindung des neuen Quartiers an die Freiräume und Quartierzentren in der Umgebung realisiert wird (Leutschenbach, Liliental, Glattpark).

So fordern wir mit dem Postulat 2019_158 eine Partizipation von Interessengruppen, Nachbarschaften und Bauträgern bei der weiteren Bearbeitung des Gestaltungsplangebiets Thurgauerstrasse.

Die Pflicht zur Realisierung von einem Drittel subventionierter Wohnungen pro Baufeld bei Gewährung eines Baurechts auf dem Areal Thurgauerstrasse West fordern wir mit der Motion 2019/152.

Eine Redimensionierung der Thurgauerstrasse auf ein stadtverträgliches Mass fordert eine Motion der Grünen und Grünliberalen. Dieser Vorstoss wurde bereits diskutiert und überwiesen.

Die Anträge zum Gestaltungsplan „Thurgauerstrasse“ zeigen, dass v.a. bei den Grün- und Freiraumstrukturen sowie der Energieversorgung nachgebessert werden muss:

- Attraktive Aussenräume für die BewohnerInnen: So ist die Vorzone zu Gunsten der Wohnhöfe zu verschmälern, und beim Übergang zum Grubenackerquartier ist die Freiraum- und Aufenthaltsqualität zu stärken, um eine gute Nachbarschaft zu ermöglichen.
- Mehr grosse Bäume und unversiegelte Flächen, zur Linderung der Extrem-Hitze, für eine wohnliche Umgebung und die Stärkung der Biodiversität; d.h. die Vorschriften zu Grünstrukturen, ökologischem Ausgleich und klimakompensatorischen Massnahmen müssen verbindlicher werden.
- Eine Energieversorgung, die das Pariser Klimaabkommen ernst nimmt, d.h. die Nutzung von Fern- und Abwärme auf dem Areal.

1472. 2019/308

**Erklärung der GLP-Fraktion vom 03.07.2019:
Öffentlicher Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse»**

Namens der GLP-Fraktion verliest Dr. Christian Monn (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Wohnungen, Schule und Quartierpark – wir erleben und gestalten einen spannenden Wandel in Zürich Nord.

Mit dem Areal an der Thurgauerstrasse West wird eine der letzten grossen Baulandreserven der Stadt überbaut. Geschaffen werden sollen etwa 700 gemeinnützige Wohnungen, Alterswohnungen, Gewerberaum, ein Schulhaus und ein Quartierpark. Ziel ist, ein lebendiger, durchmischter Quartierteil zu schaffen. Geprägt ist die Planung in dem schmalen, langgezogenen Streifen durch die überdimensionierte Thurgauerstrasse: Ein massiger Bauriegel mit Hochhäusern gegen die Strasse hin soll die Lärmimmissionen abschotten und im

Innern sollen die Innenhöfe eine hohe Wohnqualität sichern. Der geplante Boulevard in der Vorzone zur verkehrsreichen Strasse hin, der eine gute Aufenthaltsqualität bieten soll, kann in der aktuellen Situation kaum zum Leben erweckt werden. Eine Motion von Grünliberalen und Grünen zur quartierverträglichen und lärmreduzierenden Neugestaltung der Thurgauerstrasse wurde erst eben überwiesen. Dies kann neue Möglichkeiten schaffen.

Unbestritten für uns ist der Bau eines Schulhauses und der Quartierparks. Das Schulhaus, wird auch für die Nachbarquartiere (z.B. Leutschenbach) eine wichtige Funktion übernehmen. Mithilfe des erwähnten Vorstosses zur Abstufung der Thurgauerstrasse kann auch erreicht werden, dass das Schulgebäude von eben diesen Kindern verkehrssicher und zeitgemäss erreicht werden kann. Ebenfalls zu begrüssen sind die Bauten der Stiftung für Alterswohnungen, welche den Mangel in Zürich Nord lindern und insbesondere durchmischte und dadurch zukunftssträchtige Wohnformen fördern.

Wir Grünliberalen stellen uns gesamtheitlich hinter das Projekt; wir unterstützen aber auch viele Änderungsanträge, die aus unserer Sicht zur Verbesserung des Quartiers führen. Die Grünliberalen stehen hinter der Verdichtung und erachten sie, wenn diese qualitativ voll geschieht, nicht als notwendiges Übel, sondern als erstrebenswert. Anstatt Siedlungsbrei möchten wir die aktuelle urbane Entwicklungsdynamik nutzen, um Zürich vielfältiger und zugleich lebenswerter zu gestalten. Vor diesem Hintergrund übernehmen wir auch Verantwortung dafür, dass die Umsetzung des Volkswillens für einen Drittel gemeinnützige Wohnungen nicht unnötig ausgebremst wird. Für uns Grünliberale ist es ein grosses Anliegen, dass die Gebäude die Anforderungen an die Klimaneutralität erfüllen. Ebenso wünschen wir uns eine angemessene Hitzeschutz-Vorsorge. Natur- und Grünraum mit grosskronigen Bäumen und genügend unversiegelte Flächen werden auf dem Areal Pflicht sein.

Damit sich aber das gesamte Gebiet, und nicht nur der Gestaltungsplanperimeter, gut entwickelt, sollen die BewohnerInnen des Grubenackers aktiv in der Entwicklung ihrer Baureserven unterstützt werden. Denn es sollte ein städtebauliches Ziel sein, dass in naher oder ferner Zukunft ein zusammenhängendes Quartier entstehen kann.

Die Grünliberalen sind überzeugt, dass mit dem Gestaltungsplan und seinen Änderungen, den verschiedenen Begleitvorstössen, sowie der bereits erwähnten der Motion zur Umgestaltung der Thurgauerstrasse, das Gebiet Grubenacker / Thurgauerstrasse sich gut entwickeln wird und ein lebendiges, lebenswertes, modernes Stadtquartier entstehen kann.

1473. 2019/309

Erklärung der AL-Fraktion vom 03.07.2019: Öffentlicher Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse»

Namens der AL-Fraktion verliest Andrea Leitner Verhoeven (AL) folgende Fraktionserklärung:

Thurgauerstrasse: Noch kein gutes Beispiel für gelungene Verdichtung

Die städtische Baulandbrache an der Thurgauerstrasse bietet eine grosse Chance für Zürich. Ihre Entwicklungsplanung steht verständlicherweise unter enormem Erfolgsdruck, denn dieses Projekt darf nicht misslingen. Es ist ein wichtiges Puzzleteil im Verdichtungsplan der Stadt und ein Aushängeschild für das wohnpolitische Drittelsziel und für die 2000-Watt-Gesellschaft. Die Überbauung Thurgauerstrasse hat je nach dem das Potential, als Beweis für gelungene Verdichtung gefeiert zu werden oder sie steht dereinst als Siedlungszombie für eine fehlgeleitete Stadtplanung.

Die Thurgauerstrasse ist mehr als ein Wohnbauprojekt

Wenn wir heute über die Thurgauerstrasse debattieren, sprechen wir über sie auch als Vorboten für die städteplanerischen Visionen, wie sie im kommunalen Siedlungsrichtplan formuliert sind. Die Überbauung Thurgauerstrasse *muss* ein tauglicher Baustein in der Umsetzung der Vision der polyzentrischen Stadt und jener der Stadt der kurzen Wege werden. Wollen wir diese Visionen ernst nehmen, muss aus dem ganzen betroffenen Quartier exemplarisch ein Wohn- und Arbeitsort werden, der all das bietet, was ein städtisches Zentrum bietet, das den Namen verdient: identitätsstiftende Orte, öffentliche Infrastruktur, Frei- und Grünräume, Gewerbe, kulturelle Angebote und Wohnmöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen. Gelingt die Umsetzung dieser Visionen in Seebach, vergrössert sich die Chance massiv, dass die gesamtstädtische Bevölkerung zukünftigen Verdichtungsmassnahmen weniger skeptisch gegenübersteht.

Akzeptanz im Quartier

Dass das bestehende Quartier die Verdichtung und damit einhergehend die grosse Veränderung des Lebensumfelds akzeptiert, ist von fundamentaler Wichtigkeit. Erreicht werden kann diese Akzeptanz nur, wenn – wie im Fall Thurgauerstrasse - trotz Verdichtung und Verlust eines grossen ruhigen Grünraums für alle Beteiligten ein Gewinn sichtbar wird. Dass Verdichtung mit den entsprechenden flankierenden Massnahmen

für die Gesellschaft gewinnbringend sein kann, davon ist die AL-Fraktion überzeugt, und etliche Städte haben bereits vorgemacht, wie man dies gut bewerkstelligt, ohne dass es der Bevölkerung weh tut. Dafür muss die Stadtplanung einen Rundumblick haben und darf sich nicht einseitig auf das Verdichtungsziel und die ambitionierte Zahl an Personen, die in den neuen Gebäuden untergebracht werden können, fokussieren.

Rundumblick der Stadt fehlt (noch)

Diesen Rundumblick von Seiten Stadt haben wir in der Kommissionsarbeit vermisst. Etliche Änderungsanträge und Begleitvorstösse, die Themen wie Verkehr, Stadtklima, Grünraumversorgung, den sozialen Wohnungsbau, Nachbarschaft, Gewerbe oder Vorzonen gerecht werden wollen, sind Zeuge davon.

Die gewonnene Weisheit nutzen

Die AL bringt mit ihrer motivierten Rückweisung substantiellere Kritik am Gestaltungsplan an, indem sie fordert, alle in den letzten zwölf Monaten gewonnenen Erkenntnisse, die Einschätzung der Wohnbaugenossenschaften, die Verbesserungsvorschläge aus der Kommission und auch die Anliegen und Angebote des anliegenden Quartiers in die Überarbeitung des städtebaulichen Konzepts zu investieren und hierbei auch die Festlegung der Gebäudestandorte und die Gebäudehöhen zu überdenken. Wir sind im Gegensatz zur Verwaltung und der Ratsmehrheit überzeugt, dass eine Neubearbeitung des Gestaltungsplans kein «Zurück-auf-Feld-1» bedeutet und die angenommenen Anträge und Vorstösse auf diese Weise leichter zu integrieren sind, als wenn sie in einem unbefriedigenden Überbauungsprojekt eine Pflasterlifunktion übernehmen.

Persönliche Erklärung:

Ernst Danner (EVP) hält namens der Parlamentsgruppe EVP eine persönliche Erklärung zum öffentlichen Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse».

1467. 2018/87

Weisung vom 07.03.2018:

Amt für Städtebau, Öffentlicher Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C-F Wohnen/Gewerbe», Zürich-Seebach, Festsetzung; Abschreibung Postulat

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Der Öffentliche Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C–F Wohnen/ Gewerbe» wird mit dem Auftrag an die Stadt zurückgewiesen,

1. die Erkenntnisse aus der Kommissionsarbeit, aus den Stellungnahmen der Vertreter der Wohnbaugenossenschaften Zürich und aus den präzisierten Anliegen/Angeboten und selber durchgeführten Testplanungen der IG Grubenacker in einem diesen Aussagen angepassten städtebaulichen Konzept umzusetzen.
2. einer Testplanung Vorrang zu geben, die die organische Entwicklung des ganzen Quartiers und eine prozesshafte, etappierte Bebauung des Areals im Fokus hat.
3. das Ausnutzungspotential des anliegenden Grubenackerquartiers in die Planung und die Berechnungen zur Verdichtung zu integrieren.
4. in diesem Zusammenhang sowohl den zukünftigen Bauträgern als auch der Baugenossenschaft Grubenacker mögliche Wege des kooperativen Bauens über den Perimeter des Gestaltungsplans Thurgauerstrasse hinaus aufzuzeigen.

5. eine erneute Testplanung u. a. in enger Zusammenarbeit mit den Wohnbaugenossenschaften Zürich und der WBG Grubenacker und/oder potentiellen Bauträgern anzugehen.
6. die Anliegen der mehrheitsfähigen Anträge aus der Kommission (zu Grün-/ Freiraumversorgung, Hitzevorsorge, Verkehr und subventioniertem Wohnraum) in der neuen Auslegeordnung (u. a. Festlegung der Gebäudestandorte und Gebäudehöhen) zu integrieren.
7. der Umsetzung der Forderung der Motion 2019/129 (Verkehrsberuhigung an der Thurgauerstrasse / Reduktion des Strassenraums auf zwei Spuren etc.) mit einer der neuen Situation angepassten Planung der Vorzonen und Gebäudereihe zu begegnen.
8. bei dieser Gelegenheit im Gewerbesockel entlang der Thurgauerstrasse ein «Publikumsmagnet» für die Belebung des Quartierzentrums (Kulturzentrum, Kino oder dergleichen) anzudenken.

Mehrheit:	Präsident Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Vizepräsidentin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Nicole Giger (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Dr. Christian Monn (GLP)
Minderheit:	Andrea Leitner Verhoeven (AL), Referentin; Thomas Schwendener (SVP), Maria del Carmen Señorán (SVP)
Enthaltung:	Thomas Kleger (FDP), Andri Silberschmidt (FDP)

Kommissionsminderheit Rückweisungsantrag:

Andrea Leitner Verhoeven (AL): *Unsere Rückweisung beinhaltet acht Aufträge an den Stadtrat. Auf den ersten Punkt haben wir bereits in der Fraktionserklärung hingewiesen. Ergänzen lässt sich hier, dass die Vertreter der Wohnbaugenossenschaft in der Kommission ihre Bedenken dezidiert eingebracht haben. Sie würden sich bereits in der Überarbeitungsphase produktiv einbringen und genau sagen, was sie brauchen, um die zahlreichen Bedingungen zu erfüllen. Die Stadt und auch wir können nicht das gesamte Verdichtungsszenario an die Baugenossenschaften abschieben, ohne ihnen eine gewisse Flexibilität zuzugestehen. Wir sind mit den Grünen einig, dass die jetzige Inflexibilität in Bezug auf die Bauten und deren Höhe nicht auf Kosten des subventionierten Wohnungsbaus gehen darf. Dafür braucht es Entgegenkommen der Stadt in anderen Bereichen. Zu Punkt zwei, der Testplanung: Das Hauptargument der im Kommissionsantrag aufgeführten Ratsmehrheit und der Verwaltung gegen unsere Rückweisung ist, dass diese das Projekt verzögern würde. Wir glauben, dass auch durch Rekurse aus dem Quartier oder gar durch ein Referendum Verzögerungen möglich sind – vielleicht sogar des Schulhaus- und Parkbaus. Wir wollen diese Bauten auch nicht verzögern. Wie wäre es, wenn die Stadt zu einer ähnlichen Einsicht wie der Kanton käme? Läuft alles wie geschmiert, würde die Baurechtsausschreibung um 2021 stattfinden, der Architekturwettbewerb 2023 und 2024. Könnte man hier nicht mit einem anderen Ablauf experimentieren? Heute kennt man die verschiedenen Bedürfnisse bereits viel besser und man könnte sich bis zu diesen Terminen mit möglichen Bauträgern und dem Grubenackerquartier besser austauschen und, wo möglich, schon Nägel mit Köpfen machen. Zusätzlich haben die Verwaltung und der Stadtrat stets betont, dass einer Etappierung nichts im Wege steht. Wir schreiben auch nicht, dass die gesamte Testplanung wiederholt werden müsste. Es gab bereits verschiedene Testplanungen – darunter auch Vielversprechendes. Es dürfte eine Kombination der geeignetsten Elementeder Testplanungen sein. Sollte das zu nichts führen oder zu wenig technokratisch sein, kommt Punkt fünf zur Geltung, den ich nicht weiter ausführen muss. Unter Punkt drei fordern wir, dass das Ausnutzungspotenzial des Nachbarquartiers dem Verdichtungsziel angerechnet wird – auch wenn dieses erst theoretisch besteht. Der grosse Zeithorizont des Projekts erlaubt genau dies. Damit kann das Thurgauerareal etwas lockerer zugunsten der Frei- und Grünraumgestaltung bebaut werden. Zu Punkt vier haben wir diverse Vorstösse in*

Form von Postulaten geplant, die das Grubenackerquartier unterstützen sollen. Wir von der AL und jene aus dem Grubenackerquartier, die nicht auf eine maximale Rendite aus sind, wünschen uns eine perimetrische Verbindung zwischen dem Gestaltungsplanareal und den Parzellen dahinter. So können sich Hauseigentümer, die nicht über das grosse Geld verfügen, mit bauerefahrenen Genossenschaften zusammenschliessen. Zu Punkt sechs: Die allgemeine Akzeptanz liesse sich ebenso erhöhen, wie sich die Skepsis mancher Bauträger gegenüber dem Projekt reduzieren liesse durch eine Verteilung der Dichte auf einen grösseren Perimeter, einer grünraumfreundlichen Anordnung der Gebäude und einer versetzten Anordnung entlang der Thurgauerstrasse – so wie es unter Punkt sieben bereits mittels Motion durch den Rat gebracht wurde. Auch würde dadurch ein Teil der Anliegen, die in Vorstössen enden könnten, bereits obsolet werden. Punkt acht ist eine Referenz an die polyzentrische Stadt. Es braucht ein Kulturzentrum, das auch von Menschen von ausserhalb des Quartiers besucht würde. Wir sind uns bewusst, dass wir diese Forderung hier eigentlich nicht hingehört.

Dr. Davy Graf (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Antrag auf Rückweisung der Vorlage an die SK HBD/SE: Die Mehrheitsverhältnisse im Saal stimmen nicht mehr mit dem überein, was auf der Fahne steht. Es ist aber wichtig, dass die bereits geleistete Arbeit der SK HBD/SE nicht verloren geht. Der dort angestossene Prozess soll in der Kommission weitergeführt werden. Damit soll auch die von der AL vorgeschlagene Schleife mit der Rückweisung an den Stadtrat vermieden werden, die zu einer mehrjährigen Verzögerung führen würde – vielleicht sogar von einem Jahrzehnt. Wir sind überzeugt, dass es auf diesem Areal eine Entwicklung braucht, die wir heute Abend mit dieser Rückweisung nicht stoppen wollen. Im Gegenteil wollen wir dieser Entwicklung mit der Rückweisung an die Kommission nochmals eine Chance geben.

Kommissionsmehrheit Rückweisungsantrag:

Patrick Hadi Huber (SP): Der Rückweisungsantrag an den Stadtrat nimmt vordergründig viele interessante Punkte auf, führt aber – wie Dr. Davy Graf (SP) es schon erwähnt hat – zu einer mehrjährigen, wenn nicht gar jahrzehntelangen Verzögerung. Es gibt mehrere gute Gründe, dem Gestaltungsplan in der vorliegenden Version zuzustimmen, vor allem, weil wir mit den Anträgen wesentliche Verbesserungen für spätere Projektierungen vornehmen. Die Rückweisung anerkennt gewisse Formulierungen zu diesem Aspekt auch. Sie ist ein breites Sammelsurium an Erkenntnissen, die wir in der Kommissionsarbeit zum Gestaltungsplan einfliessen lassen wollen. Es herrscht breites Einverständnis, dass gewisse Punkte in die Planung einfliessen müssen. Das zeigt sich auch an der grossen Zahl an Postulaten und Anträgen, die wir diskutieren werden. Die entscheidende Frage ist aber der richtige Zeitpunkt: Wann müssen diese Erkenntnisse einfliessen? Wir sind noch nicht auf der Ebene der einzelnen Bauprojekte angelangt. Dies wäre der richtige Ort, diese wertvollen Punkte für die tatsächliche Planung einzubringen. Das bis heute angesammelte Wissen sollte in diese tatsächliche Planung einfliessen. Hinsichtlich der Testplanung wird gefordert, man solle eine Etappierung anstreben, um mehr organisches Wachstum zu ermöglichen. Dies bedeutet, man muss vorne Volumen schaffen, um hinten etwas kreieren zu können. Nehmen wir einmal die Grundstruktur der Testplanung 51N4E: Dieses Projekt weist schwerwiegende Mängel auf, wie die Kommissionsdebatte zeigte. Hier hätte man eine flexible Planung des Schulhauses verhindert und eine Erweiterungsreserve verunmöglicht. Man hat ein Erschliessungsproblem, das dazu führt, dass man im Hintergrund eine Quartierplanung anreissen müsste. Das kann den Leuten dort hinten auch nicht passen. Ein Resultat der Etappierung bis jetzt wäre eine 30 Meter hohe, durchgehende Wand aus Häuserzeilen oder dass das Gewerbe innen, hin zum Grubenackerquartier, angesiedelt werden müsste. Eine weniger dicht überbaute Siedlung auf der anderen Seite würde dazu führen, dass wir weniger preisgünstigen Wohnraum schaffen und damit nicht mit der nötigen Weitsicht mit

dem städtischen Land umgehen. Zudem würden wir die angestrebten Verdichtungsziele unterwandern. Ich muss nochmals anfügen: Wenn wir Kulturland schonen wollen, heisst das auch, dass wir nach innen verdichten müssen. Wenn wir das nicht auf unseren eigenen Parzellen tun, gehen wir nicht mit dem richtigen Beispiel voran. Die Verdichtung wurde mit einem extrem hohen Ja-Stimmen-Anteil in die Gemeindeordnung geschrieben und dem sollten wir Rechnung tragen. Beim Punkt drei wird es richtig kompliziert. Wir können als Stadt die Grundeigentümer schlicht nicht zwingen, ihre Gebäude in die Planung einzubringen. Das würde einer Enteignung gleichkommen. Was wir aber können – und der Stadtrat mittlerweile auch tut – ist, mit dem Grubenackerquartier und den Wohnbaugenossenschaften zu diskutieren. Es gibt Wege, wie diese ihre bestehenden, umfangreichen Ausnutzungsreserven aktivieren können: nämlich über die Kooperation, den freiwilligen Zusammenschluss. Die Möglichkeiten und der entsprechende Mehrwert, den man aus dem Gelände ziehen kann, sind immens. Der Anreiz ist also vorhanden. Wenn die Rückweisung aber fordert, es müsste auch über jene hinweg geplant werden, die nicht mitmachen wollen, ist man sehr schnell bei den Zwangsmitteln angelangt. Diese sind in der vorliegenden Fassung nicht nötig. Die weiteren Punkte der Rückweisung können und müssen im Rahmen der Umsetzung diskutiert werden, denn sie werden durch den vorliegenden Gestaltungsplan auch nicht tangiert. Es ist in der Politik bekanntlich immer einfacher gegen etwas zu sein und einzelne Punkte zurückzuweisen. Dazu reicht es, sich auf ein paar Details zu fokussieren und diese so lange zu zerzausen. Wenn man auf diese Weise aber den Blick für das grosse Ganze verliert – also das Drittelsziel, die 2000-Watt-Gesellschaft, Verdichtung – dann streut man Sand in die Augen. Anders heisst nicht automatisch besser. Wir schaffen hier die Grundlage für eine Überbauung für 2000 Menschen. Die Stadt hat eine enorme Vorarbeit geleistet, die wirkliche Arbeit steht jetzt aber erst bevor, wenn es um Baurechtsverträge geht. Gehen wir einen Schritt nach vorne! Die ursprüngliche Mehrheit wollte die Rückweisung eigentlich ablehnen. Wenn man jetzt, fünf Minuten vor Abschluss, einen solchen Entscheid umkippt, dann muss man das in der Kommission nochmals anschauen, die diesen Entscheid damals gefällt hat. Darum plädiere ich tatsächlich dafür, dass wir heute die Rückweisung an die Kommission beschliessen.

Weitere Wortmeldungen:

Gabriele Kisker (Grüne): Wir sind uns einig, dass die Stadt weiteren Wohnraum braucht. Nur wie, was darin vorkommen soll, und mit welchen Rahmenbedingungen, ist offen. Wie die AL hat uns anfänglich viel gestört und wir haben eine Rückweisung geschrieben, die für das Quartier tragbare Veränderungen anbringen sollte. Dazu gehört zum Beispiel der Boulevard am vorderen Teil der Gebäude. Es ging uns nie darum, zu fragen, wie viel Veränderung an einem Projekt nötig ist, um eine Rückweisung zu rechtfertigen. Es geht vielmehr um die Frage, wo man Mehrheiten findet. Diese haben wir mit der SP gefunden. Wir haben lange diskutiert, ob man statt der Rückweisung eine Sistierung andenken sollte, dann aber beschlossen, mit der SP zu gehen, da dort die Mehrheit ist. Bis zum Schluss unklar blieb, wie sich die FDP positioniert. In der Presse stand, sie würde sich je nach Entwicklung entscheiden. Unsere Frage zu Beginn der Sitzung war: FDP, wo steht ihr? Können wir uns auf euch verlassen? In der Kommission zeigte sich, dass man das nicht kann. Sie wollte alles bis zuletzt offenlassen und setzten auf das Kippen der SP. Uns drohte man damit, dass man alle grünen Anliegen fallen lassen würde. Wir waren stets für ein gutes Projekt am richtigen Ort. Unsere Bedenken – eine zu starre architektonische Setzung, ein zu verengter Blick auf reines Schaffen von Wohnanteil – bleiben bestehen, auch wenn man das nochmal in der Kommission verhandeln will. Erste Schritte wurden eingeleitet, das stimmt: Es gibt Gespräche mit Beteiligten. Ich weiss nicht, wie weit schon mit Genossenschaften gesprochen wurde. Aber wenn man die politische Waagschale jetzt betrachtet, werden wir die Rückweisung der AL ganz sicher unterstützen, die uns sehr viel nähersteht. Wenn die SP dann sagt, sie

würden dafür keine grünen Anliegen unterstützen, dann sollen sie das tun. Dann sollen sie sagen, sie sind gegen sozialverträgliches Bauen mit Nachbarschaften, mehr Grünraum und mehr Bäume. In der Kommission sollen sie dann nochmals zeigen, dass sie die ursprünglichen Grünen aus der ersten Zeit sind.

Thomas Schwendener (SVP): Mir geht es wie Andrea Leitner Verhoeven (AL). Ich bin sprachlos. Wir unterstützten die Rückweisung der AL von Beginn weg und verschiedene der erwähnten Punkte. Wir haben aber auch noch andere. Nimmt man etwa den Punkt sechs, die Thurgauerstrasse, die nur noch zweispurig geführt werden soll und somit heruntergesetzt wird, Parkplätze, die weggenommen werden sollen – das alles ist uns ein Dorn im Auge. Und vor allem ist das Quartier, so wie es gebaut ist, nicht verträglich. Die Anwohner dort verdienen mehr Respekt in dem, was man ihnen vor die Nase stellt. Wir halten an unserem Vorgehen fest: Wir wollen eine Rückweisung. Uns ist es egal, ob es zwei oder drei Jahre länger geht. Dann hat jeder noch etwas Luft zum Atmen und wir schauen in der zweiten oder dritten Generation, was wir mit diesem Boden anstellen wollen.

Andri Silberschmidt (FDP): Der Freisinn ist grundsätzlich der Meinung, dass dort, wo eine Verdichtung möglich ist und dies ökologisch sinnvoll ist, diese auch durchgeführt werden soll. Diese Weisung, so wie sie uns vor gut einem Jahr in der Kommission vorgestellt wurde, hat dieses von uns verteidigte Grundprinzip sehr wohl unterstützt. Die Weisung ist zwar sehr komplex, aber in der Grundrichtung waren wir sehr zufrieden. Darum hat es in der Synopse auch nur einen Antrag für eine Verbesserung von uns drin. Sie trifft den Nerv der Zeit und die Herausforderungen im Quartier werden richtig angegangen. In der Kommission hatten wir enorm viele Anträge und Änderungen zu besprechen. Es wurde quasi ein Wunschzettel heruntergelesen, der die Weisung massiv verschlechtert hat – zum Beispiel beim Verkehr. Die FDP ist deshalb noch immer auf der Linie, die wir seit einem Jahr haben. Darum ist die FDP bei der Rückweisung in der Haltung, weil wir uns sagten: Die Art und Weise stört uns, wie die Weisung verändert wurde. Hinter diesen Forderungen können wir nicht mehr stehen. Wir erkennen aber, dass es kritisch ist, sie jetzt zurückzuweisen, da man die nötige Verdichtung so um Jahre verzögert. Es war weiter eine Güterabwägung dazwischen, ob man mit euch der Rückweisung zustimmt, so das Riesenprojekt auf die lange Bank schiebt und riskiert, dass noch mehr Punkte auf dem Wunschzettel auftauchen und ob man eine vernünftige Allianz schmieden möchte – von der ich überzeugt bin, dass wir sie heute Abend schmieden können – die die Weisung so anpassen wird, dass sie für die ganze Stadtbevölkerung sinnvoll ist und nicht nur für jene, die ein bestimmtes Parteibüchlein haben. Deshalb unterstützen wir die Rückweisung an die Kommission und nicht an den Stadtrat. Dadurch schaffen wir eine freisinnig-soziale Mehrheit, damit das Geschäft nicht um mehrere Jahre verzögert wird.

Dr. Christian Monn (GLP): Auch ich bin ob der Entwicklungen, die hier stattfinden, ziemlich überrascht. Wir haben in der Kommission intensiv und oft darüber debattiert. Ich unterstütze die Meinung von Patrick Hadi Huber (SP) vollumfänglich. Wir wollen, dass das bestehende Land erhalten bleibt und darum braucht es eine innere Verdichtung. Ich habe ein gewisses Verständnis für den Antrag der AL und wenn man sagt, man müsste die Erkenntnisse nutzen, die man in den letzten zwölf Monaten gewonnen hat. Ich gehe aber auch davon aus, dass dies ein Projekt um Jahre zurückversetzt. Was die Rückweisung an die Kommission angeht: Es wurde ja schon ausgiebig diskutiert. Mit all den Anträgen und Begleitpostulaten sieht es so aus, als müsste man den Gestaltungsplan auch gleich nochmal anpassen. So oder so sind beide Rückweisungen eine komplexe Sache, aber wir tendieren eher dazu, die Rückweisung von Dr. Davy Graf (SP) zu unterstützen und nicht jene der AL.

Dr. Florian Blättler (SP): Dass die AL für ihren Rückweisungsantrag den Dachverband der Wohnbaugenossenschaften als Kronzeugen aufführt, finde ich seltsam. Wir hatten zwei Vertreter dieses Verbands in der Kommission. Gabriele Kisker (Grüne) fragte Andreas Wirz konkret, ob er es gerne sehen würde, wenn der Gestaltungsplan nochmals neu aufgerollt würde. Er konnte dies nicht bejahen. Ich fragte ihn, ob er eine Etappierung des Baus bevorzugt. Auch da sagte er, er können darin keinen Nutzen erkennen. Was das Grubenackerquartier angeht, hat Patrick Hadi Huber (SP) angedeutet, dass man die Grundbesitzer nicht zwingen kann, etwas zu tun. Man kann lediglich mit ihnen sprechen und ihnen aufzeigen, was möglich ist. Dies tut die Stadt bereits. Mit einem neuen Gestaltungsplan kann man, rein rechtlich gesehen, nichts ausrichten. Die IG Grubenacker ist gut organisiert und zeigt dies, indem sie eine Wohnbaugenossenschaft gegründet hat. Diesen Elan sollte man ausnützen, mit zwei vorliegenden Postulaten. Die Stadt hielt vor zwei Wochen den ersten Runden Tisch mit dieser Wohnbaugenossenschaft. Beim Rückweisungsantrag der AL hat sich mir das Gefühl aufgedrängt, die Partei sei vernarrt in die Testplanung des Büros 51N4E. Wenn wir darüber reden, über Bäume und begrünte Fassaden die Temperaturen in der Stadt runter zu bringen, dann muss ich einfach darauf hinweisen, dass ein solcher monolithischer Riegel wie an der Thurgauerstrasse jegliche Durchlüftung unterbindet. Dann steht dort die Luft und das Mikroklima an diesem Ort ist dahin.

Brigitte Fürer (Grüne): Ich als Planerin kann manche Dinge so nicht stehen lassen, die ich heute über Planung gehört habe. Wir von den Grünen hatten mit der vorliegenden Planung von Anfang an sehr Mühe. Als ich sie das erste Mal sah, fühlte ich mich in die 1960er-Jahre zurückversetzt. Zur Bemerkung der FDP über Wunschzettel: Das ist die grüne Stadtpolitik, die in allen Grundlagenpapieren bekräftigt wird. Es geht nicht darum, unsere grünen Anliegen zu verwirklichen, sondern dem Projekt eine vertretbare Qualität einzuräumen. Dies haben wir versucht zu erreichen. Natürlich kann man unterschiedlicher Meinung darüber sein, wie man das erreicht: Etwa über die Rückweisung, wie sie die AL vorgeschlagen hatte. Wir betrachten den Weg der Verbesserungen über die nächsten Schritte als erfolgsversprechend. Dass sich jetzt alles geändert hat, das ist nicht einfach so vom Tisch zu weisen. Ich finde es aber recht eigenartig von der SP, das Ganze jetzt nochmals an die Kommission zurückzuweisen, denn dort wurden die Diskussionen bis in die Tiefe geführt. Es geht um die Frage, wie man zu einem Quartier kommt, das den Bewohnerinnen und Bewohner wirklich etwas nützt.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wir sind alle gleichzeitig etwas überrascht und dann doch nicht überrascht, denn wir haben all das schon einmal gesehen. Genau die gleichen Vorwürfe der Deals, die gleichen Änderungen in letzter Minute der FDP hatten wir schon bei der BZO- und Richtplanänderungsdebatte. Einmal mehr stellt man fest, dass der Wille zur Innenverdichtung und zur Erstellung von lebhaften Wohnräumen nur sehr vage vorhanden ist, wenn überhaupt. Für uns ist klar, dass ein Areal wie an der Thurgauerstrasse jetzt und nicht in zehn Jahren und nach 33 Testplanungen vernünftig genutzt werden sollte. Wir hören jetzt die gleichen seltsamen Argumente, wie wir sie schon bei der BZO-Debatte gehört hatten. Plötzlich ist die Parkplatzlösung eine Katastrophe, man hat andere Sonderwünsche, man will eine allumfassende, totale Quartierplanung, die alles dermassen bis ins Detail regelt, dass man erst in zehn Jahren vielleicht mal darüber spricht, wie die Innenverdichtung aussehen soll. Man kann behaupten, es gehe keine zehn Jahre – hier steht Behauptung gegen Behauptung. Ich weiss auch nicht, wie lange es schlussendlich geht, aber sicher ist, dass verzögert wird, wir passiv bleiben und den Schritt vorwärts in eine qualitative, urbane Entwicklung nie machen. Für die GLP ist Stadtwachstum kein Desaster, sondern eine Chance für eine vielfältige Stadt. Für eine solche Stadt braucht es unserer Meinung nach Schulraum für Kinder, Infrastruktur für ältere Personen und gemeinnützigen Wohnraum. All dies steht

heute Abend zur Diskussion. Man kann die Nase rümpfen und sagen, es sei nicht genug. Man kann darauf eingehen oder aus ideologischen Gründen darauf verzichten, aber für uns ist der pragmatische und kürzeste Weg der beste. Wir gehen auf das Angebot ein, dass man die uns nicht genehmen Punkte in der Kommission nochmals bespricht.

Andreas Kirstein (AL): Über die Gründe, warum sich der Stadtrat nochmals der Vorlage annehmen soll, habe ich nichts mehr hinzuzufügen. Es handelt sich um eine inhaltlich hochmotivierte Rückweisung, da sie dem Stadtrat dank der gehaltvollen Kommissionsdiskussion ziemlich genau sagt, in welche Richtung der Gestaltungsplan anzupassen ist. Es geht dabei durchaus um Verdichtung, da gebe ich Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) durchaus Recht – auch wenn ich andere Akzente setze. Für eine verantwortungsvolle städtische Politik stellt sich nicht die Frage nach Verdichtung Ja oder Nein, sondern wie die Verdichtung aussehen soll. Wenn man eine menschengerechte und sozial verträgliche Verdichtung mit den Leuten zusammen erreichen will, muss man sorgfältig vorgehen. Bei der Thurgauerstrasse handelt es sich nicht um irgendein drittklassiges Projekt, an dem die AL ihren ideologisch motivierten Grundsatz durchexerziert, sondern um das Vorzeigeobjekt, dass die Richtung für zukünftige Verdichtungen vorgibt. Verdichtung soll mit den Menschen, unter sorgfältiger Berücksichtigung der Umgebung, erreicht werden. Darum halte ich die Rückweisung an den Stadtrat für das Gebot der Stunde. Ich habe in den Stadtrat mehr Vertrauen als in den Sprecher der SP-Fraktion. Ich bin zuversichtlich, dass der Stadtrat für die Überarbeitung keine zehn Jahre braucht. Nicht ganz so zuversichtlich bin ich bezüglich der Anzahl Jahre, wenn wir die Vorlage an die Kommission zurückweisen. Entweder wiederholen sich die Diskussionen oder – und es ist nur fair, das dem Publikum zu sagen – man schmiedet in der Kommission eine neue Koalition. Wie Andri Silberschmidt (FDP) es schon ausgeführt hat, entsteht dann beim Thema Verdichtung eine neue grosse Koalition zwischen SP, FDP und GLP. Das kann man machen. Für die Bewohnerinnen und Bewohner wird das einen hohen Preis haben, denn SP und GLP müssen sich bewusst sein, dass die neuen ökologischen Töne der FDP keineswegs sicher und nicht ausgegoren sind. Dass man einen neuen Antrag mit Rückweisung an die Kommission einbringt, ist absolut statthaft. Man sollte dann aber mit offenen Karten spielen und sagen, worum es geht. Ich finde den aktuellen Gestaltungsplan mit den vielen Änderungen tatsächlich überladen. Ich würde niemals die Bautätigkeiten anderer Genossenschaften kommentieren, aber aus eigener, über zehnjähriger Bauerfahrung, kann ich sagen: Das wird anspruchsvoll. Würde ich einen solchen Auftrag von der Stadt erhalten, würde ich mir einen einfacheren Gestaltungsplan wünschen. Darum bin ich der Meinung, dass man dem Stadtrat diese Vorlage zur Neufassung zurückgibt.

Dr. Davy Graf (SP): Als ich heute um fünf Uhr den Ratssaal betrat, hatte ich eine Kommissionsfahne in der Mappe. Darin stand relativ klar, wie der heutige Abend ablaufen wird. Eine Mehrheit dieses Rats war der Meinung, dass man diese Rückweisung ablehnen, auf die Weisung eintreten und den Gestaltungsplan in verschiedenen Punkten anpassen soll. Dies hat eine Mehrheit der Kommission dazumal erarbeitet. Es gab eine Kommissionsmitteilung, was ausgesprochen selten vorkommt, aber bei einem wichtigen Geschäft wie diesem hier durchaus berechtigt war. Es ist aber auf keinen Fall so, dass die SP hier ihre Meinung geändert hätte, sie ist noch auf dem genau gleichen Kurs: Wir wollen an dieser Thurgauerstrasse jetzt etwas entwickeln. Dafür haben wir das Vehikel des Gestaltungsplans, wie er heute vorliegt. Es ist bedauerlich, dass ein Teil dieser Mehrheit – in diesem Fall die Grünen – diesen Weg nicht mehr beschreiten möchte und dieses Projekt stoppen will, das eine so grosse Vorlaufzeit und Bedeutung für das Quartier hat. Wenn nur die Rückweisung an die Kommission eine Mehrheit findet, in der schon so viel debattiert wurde, und wir nicht einmal hier auf einen gemeinsamen Nenner kommen, dann ist es für den Stadtrat erst recht unmöglich aus dem Kommissionsantrag

etwas Sinnvolles herauszulesen. Deswegen ist es nur richtig und dem Stadtrat gegenüber nur fair, wenn diese Weisung an die Kommission zurückgeht, wo eine Mehrheit besteht – auch wenn diese neu ausgehandelt werden muss.

Stefan Urech (SVP): Ich habe die SK HBD/SE immer als eine Kommission erlebt, in der man gut über die Parteigrenzen hinweg sprechen und auf das Gesagte vertrauen konnte. Was heute Abend zur Schau gestellt wird, ist spannender als ein normaler Mittwochabend. Aber für einen der grössten Räte der Schweiz ist es unwürdig. Sie hatten über ein Jahr während vieler Stunden und an Nachtsitzungen und Kommissionsausflügen die Gelegenheit, all das in der Kommission zu besprechen. Und jetzt läuft es darauf hinaus, dass wir innerhalb von fünf bis zehn Minuten irgendein Wischiwaschi machen und die Vorlage zurück in die Kommission schicken. Wenn Sie mir sagen, in Oerlikon seien grundlegende Veränderungen wie etwa nach einem Erdbeben eingetreten, dann hätte ich Verständnis dafür. Aber heute werden keine neuen Fakten präsentiert: Alles ist beim Alten. Darum bleiben wir, wie die AL, bei der Rückweisung. Ich möchte noch anfügen, dass es völlig sinnlos wäre, die Begleitpostulate trotzdem noch zu diskutieren – das Geschäft ist viel zu sehr eine Büchse der Pandora.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Viele verstehen nicht, was vor sich geht. Das ist verständlich, denn die Meinungen werden geändert, nichts scheint mehr so, wie vorgegeben. Peinlich ist es trotzdem, wenn wir hier eine Kommissionsberatung abhalten. Es kommt mir ein wenig vor wie das Geschacher um die Posten in Brüssel – auch dort wusste niemand, was man will. Der grösste gemeinsame Nenner ist offenbar jener, dass es keinen gibt. Wenn man derart um eine Weisung streiten muss, dann kann dabei gar nichts Gutes mehr entstehen. Sie muss zurück an den Absender. Es ist gut, wenn über das Projekt diskutiert wird, aber was kommt dabei heraus? Dann entsteht wieder so ein autoarmes oder autoloses Wohnen. Danach kommt wieder eine Art Diktatur der Baugenossenschaften, die in den Statuten verlangen, dass man kein Auto besitzen dürfe. Würde das in einem anderen Staat geschehen, gäbe es Neuwahlen. Die Weisung ist gespickt mit Ideologien, Sie wissen, was ich meine. Man kann keine Wohnbaupolitik auf ideologischem Grund betreiben und im letzten Moment ideologische Sonderwünsche darin verpacken. Es wird sich lohnen, sich hier etwas Zeit zu geben. Tut man das nämlich nicht, hat man anschliessend für 50 Jahre etwas, das niemand wollte.

Ernst Danner (EVP): Es entsteht der Eindruck, dass der Kommissionsmehrheit der Mut fehlte, von sich aus das Geschäft zurückzuweisen. Die zahlreichen Begleitpostulate sind der Ausdruck eines schlechten Unbehagens zu einer Vorlage, die niemanden so ganz befriedigt. Aus diesen Gründen ergibt eine Rückweisung an die Kommission keinen Sinn – die hat ja schon über alles Mögliche gebrütet. Die Grundfrage ist, wie man die Verdichtung in einem solchen Quartier erreichen will. Der Grubenacker ist auf eine Art gewachsen, ein anderer auf eine ganz andere Art und dazwischen gibt es eine Verbindung mit Grünraum. Wie soll man hier die Verdichtung gestalten? Die Stadt hat das vorliegende Projekt ausgearbeitet – der Einfachheit halber ohne Berücksichtigung des Grubenackers. Die von der AL vorgeschlagene Verzahnung will das Postulat Kisker/Fürer auch, aber das bedingt eine grundsätzliche Neuplanung, die die Kommission nicht leisten kann. Deshalb unterstützen wir die Rückweisung an den Stadtrat. Natürlich ist es fast die Quadratur des Kreises, die etwa 50 Grundeigentümer zusammen zu bringen, um ein vernünftiges Projekt zustande zu bringen. Es ist meines Wissens das erste Mal, dass sich so viele Eigentümer zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen haben und damit Hand bieten für eine Lösung. Da sollte es doch möglich sein, ohne Zwang zu besseren Lösungen zu kommen, wie die beiden Stadtteile miteinander verbunden werden können. Ich bitte Sie, die Rückweisung an den Stadtrat zu unterstützen.

Andreas Kirstein (AL): Inhaltlich gesehen kann man der Meinung von Dr. Davy Graf (SP) sein, daran ist nichts Ehrenrühriges. Es ist aber auch nicht ehrenrührig, transparent zu machen, wo nachher die neuen Mehrheiten zu suchen sind. In dieser Kommission wird nichts passieren, ausser die Positionen werden klar verändert. Ich würde nun gerne noch von der FDP, aber insbesondere von der SP hören, in welche Richtung diese Veränderungen gehen, die man an diesem Gestaltungsplan vornehmen möchte. Auf welche Zugeständnisse einigte sich die SP mit der FDP?

Andri Silberschmidt (FDP): Wenn die Weisung an die Kommission zurückgeht, wird man bloss eine Sitzung zum Thema abhalten müssen. Die Meinungen sind gemacht. Man kann aber Mehrheiten erstellen, die auch zuverlässig halten – und das nicht nur bis fünf Minuten vor der Parlamentssitzung. Der Freisinn ist bei fast jedem Anliegen in der Minderheit, etwa wenn es um Verkehrsthemen geht. Ökologische Themen liegen uns dabei am Herzen. Im Gemeinderat klingt es häufig so, als wäre man die Intelligentesten und die Verwaltung hätte keine Ahnung, wie das alles funktioniert. Aber die Vorlage ist im Detail ausgearbeitet. Wir haben ein Freiraumkonzept, eine Promenade, einen Quartierpark oder eine Vorzone – wenn von den Grünen oder der AL behauptet wird, es gäbe keine Ökologie mehr und nichts Soziales mehr, dann stimmt das schlicht nicht. Das Drittelsziel ist eingehalten und wir haben uns als Freisinn erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Bevölkerung besser eingebunden wird. Das Ziel des Freisinns ist es, eine fortschrittliche Mehrheit zu finden, die Zürich sozialverträglich und ökonomisch sinnvoll weiterentwickelt. Entsprechend haben wir es so weit gebracht, dass wir bei vielen Anträgen in der Mehrheit sind und so eine grosse Überbauung mittragen können – und dies ohne die Erfüllung eines ideologischen Wunschzettels, der in der Synopse niedergeschrieben wurde. Damit gäbe es keine grosse Verzögerung, weil wir die Synopse in einer Kommissionssitzung abhandeln könnten. Mit der Rückweisung an die Kommission könnte das Ziel einer sinnvollen Überbauung für die ganze Stadt erreicht werden und nicht nur für einige Wenige, die ideologische Ziele verfolgen. Das Projekt würde verbessert und es entstünden gefestigte Mehrheiten.

Markus Kunz (Grüne): Wenn eine Medienmitteilung im Anschluss an eine Kommissionsberatung bedeutet, dass man seine Meinung anschliessend nicht mehr ändern kann, dann bin ich in Zukunft gegen das Verbreiten solcher Medienmitteilungen. Die Grünen sind nicht gegen das Projekt, wenn sie die Rückweisung der AL unterstützen. Wir sind auch nicht gegen das Drittelsziel, sondern wir sind dafür, dass man das Projekt nochmals verbessert. Wir stehen auf der Grundordnung dieser Stadt: Etwa der Grünstadt-Initiative, die die Bevölkerung mit riesiger Mehrheit angenommen hat. Eine Rückweisung an die Kommission verändert an diesem Projekt aber nichts mehr: Weder ökologisch noch sozial oder wirtschaftlich wird das Projekt besser werden. Es handelt sich um eine reine Machtdemonstration. Ich erinnere daran, dass wir noch immer eine offene Motion haben für die Erstellung eines Anteils an subventioniertem Wohnungsbau. Ich bin überzeugt, dass sich das Projekt in die richtige Richtung entwickeln wird mit einer Rückweisung an den Stadtrat – aber ganz sicher nicht mit einer Rückweisung an die Kommission.

Walter Angst (AL): Ich habe den Eindruck, wir erleben heute einen historischen Moment im Gemeinderat. Von der SP wird in den Vordergrund gerückt, es müsse nun rasch vorwärts gehen. Aber das wird es sowieso nicht, denn es besteht ein Einzonungsstopp, weil der Mehrwertausgleich auf kantonaler Ebene noch nicht geregelt ist. In den nächsten vier Jahren fährt darum an der Thurgauerstrasse noch kein Bagger auf. Wir haben also Zeit, in einem linken Sinne ein Leuchtturmprojekt zu errichten, das künftige Verdichtungsmassnahmen in der Stadt exemplarisch aufzeigt. Diese Zeit sollten wir uns nehmen. Wir sind uns alle einig, dass die Kommission die notwendigen Veränderungen nicht angehen wird. Das betrifft den Einbezug der Genossenschaften, der Nachbarn und

der Bevölkerung in Zürich Nord, die sich über den durch den Richtplan angeschobenen Prozess Sorgen macht. Das funktioniert nur, wenn man dem Stadtrat und dem Amt für Städtebau einen klar formulierten Auftrag gibt, eine breit abgestützte Lösung zu erarbeiten. Neben der Angst der SP, die die Zügel aus den Händen gegeben hat, geht es heute aber um etwas anderes. Patrick Hadi Huber (SP) sagte, es gehe um das grosse Ganze und dieses grosse Ganze sei das Drittelsziel, die Dichte und 2000-Watt. Um das Drittelsziel geht es hier aber nicht, das ist der soziale Teil. Es handelt sich um städtisches Land. Dass es in dieser Stadt jemals eine Mehrheit gibt, die daran rüttelt, glaubt nicht einmal die FDP. Euch geht es nicht um die sozialpolitische Dimension, sondern um die Dichte. Und was steht hinter der Dichte, wenn Andri Silberschmidt (FDP) dieses Wort verwendet? Er sagt auch Drittelsziel, meint damit aber eine Baupolitik, die den Privaten die Möglichkeit gibt, den Reibach zu machen. Dabei steht Wirtschaftspolitik im Zentrum. Es geht darum, dass die FDP wieder mitredet, wie anno dazumal in der Ära Fahrner und Ledergerber. Bei der Ökologie sind wir uns einig – mit Ausnahme einer Partei. Bei der sozialen Frage sind wir uns hingegen überhaupt nicht einig – und zwar überhaupt nicht einig mit der SP. Wenn ihr heute die Sache an die Kommission zurückweist und innert einer oder zwei Sitzungen mit Andri Silberschmidt (FDP) eine Lösung mit neuen Mehrheiten findet, dann geht das auf Kosten der sozial Schwachen, der Mieterinnen und Mieter und der kleinen Eigentümer, die heute von der EVP vertreten werden, wenn sie sagt, es müsse zurück an den Stadtrat. Auch die kleinen Eigentümer wollen in dieser Stadt eine Perspektive, nicht nur die grossen, institutionellen Anleger. Diesen Schwenk heute zu machen, wird euch noch teuer zu stehen kommen.

Matthias Probst (Grüne): Ich möchte etwas hervorheben, das Walter Angst (AL) angedeutet hat. Verdichtung ist nicht das Ziel, es kann nicht das einzige Ziel sein, einen solchen Ort zu bauen. Verdichtung ist ein Mittel zum Zweck. Was wir brauchen in dieser Stadt ist eine Qualität. Was wir brauchen, ist eine soziale Durchmischung und ein ökologischer Umbau. Es braucht viele gute Planer, um dies unter einen Hut zu bringen. Manchmal braucht es auch einen Schritt zurück, wenn klar wird, dass man zu viel auf einmal wollte. Verdichtung brauchen wir nicht, sondern Verdichtung hilft uns bloss, diese Ziele zu erreichen. Wir verrennen uns gnadenlos, wenn wir solche Projekte nur noch mit dem Verdichtungswillen durch das Parlament peitschen. Wir haben etwas falsch gemacht, wenn wir heute ökologische und soziale Anliegen über den Haufen werfen, nur damit der Verdichtungsturbo voranschreiten kann. Mit dem Bündnis SP–FDP werden wir kein besseres Projekt erhalten. Was passieren wird, ist klar: Man wird mehr Parkplätze erstellen, da und dort ein paar Abstriche machen – Hauptsache, man kann schnell voranschreiten. Wir Grüne haben immer signalisiert, dass wir den Ablauf dieser Planung sehr kritisch sehen. Wir sind bis heute davon ausgegangen, dass es keine Mehrheit für eine Rückweisung gibt, weshalb wir bei der Verbesserung mitgemacht haben. Wir finden nach wie vor, dass die Verbesserungen gut sind, die auf dem Tisch liegen. Es gibt keinen Grund, diese jetzt einfach über den Haufen zu werfen. Es gibt allerdings eine Möglichkeit, wie man das eleganter aufnehmen kann als mit unendlich vielen Anträgen und Begleitvorstössen: Indem der Stadtrat eine neue Weisung vorlegt. Vielleicht wäre es sogar besser, ein bereinigtes Projekt vorzulegen, wenn schon so viele Änderungen vorgenommen wurden. Ich hoffe darum, dass der Stadtrat von sich aus auf die Idee kommt, diese Weisung noch etwas zu überarbeiten. Und ich hoffe doch sehr, dass sich die SP eines Besseren besinnt und sich fragt, mit wem sie diese Stadt in Zukunft umbauen möchte. Es ist in kurzer Zeit sehr viel geschehen und es tut uns leid, falls wir euch überfordert haben. Aber ich bin mir sicher, dass wir eine gütliche Einigung finden werden, ohne unsere Ziele über den Haufen zu werfen.

Michael Schmid (FDP): Wenn man gewissen Voten von AL und Grünen zuhört, könnte man den Eindruck erhalten, der Gestaltungsplan sei von einem neoliberalen Thinktank erarbeitet worden. Ich darf Sie daran erinnern, dass ein rot-grüner Stadtrat mit einem

SP-geführten Hochbaudepartement dem Gemeinderat diesen Gestaltungsplan vorgelegt hat. Bei all den Anträgen, in denen wir in der Minderheit sind, unterstützen wir jeweils die Position des Stadtrats. Die Absichten der FDP sind klipp und klar – ich verweise dafür auf unsere Fraktionserklärung und die Aussagen von Andri Silberschmidt (FDP). Es kann inhaltlich sein, dass ein rot-grüner Wunschzettel eine Weisung des Stadtrats ad absurdum führt. Und prozedural ist uns wichtig, dass die Anwohnerinnen und Anwohner miteinbezogen werden – das ist zum Glück so aufgegleist. Wir haben entsprechende Vorstösse eingereicht.

Roger Bartholdi (SVP): Wir haben heute zwei Rückweisungsanträge auf dem Tisch. Einen von der AL, der sagt: Zurück an den Stadtrat. Einen anderen von der SP, der sagt: Zurück in die Kommission. Ich stelle fest, dass die Kommission viel Zeit hatte, um die Weisung intensiv zu beraten. Betrachtet man, wie viele Vorstösse zu dieser Weisung vorliegen, muss man daraus ableiten, die Weisung sei schlecht. Der Kern ist faul. Das stellen nicht wir fest, denn die Vorstösse kommen nicht von uns. Und wenn der Kern faul ist, muss man die Weisung grundlegend überarbeiten und es wäre ein Witz, sie zurück in die Kommission zu schicken. Dort wird das eine oder andere oberflächlich repariert, statt dass man die ganze Weisung hinterfragt, wie man es eigentlich tun sollte. Das geht aber nur, wenn der Stadtrat eine neue Weisung erarbeitet. Sie gewinnen nichts, wenn Sie die Weisung zurück in die Kommission schicken. Sie haben heute in der Debatte gesehen, das wird einfach zu einer Wiederholung führen. Wir haben nachher 90 Minuten Pause, die Kommission könnte kurz eine Sitzung in dieser Zeit einberufen. Vielleicht hätte man nach diesen 90 Minuten ein Resultat. Ich gehe aber davon aus, dass man sich wieder im Kreis drehen wird. Egal, welche Rückweisung heute angenommen wird, es wird obsolet sein, die Begleitvorstösse heute noch zu behandeln.

Sven Sobernheim (GLP): Ich hätte gerne dem Gestaltungsplan des Stadtrats zugestimmt. Wir von der GLP sehen Verdichtung als Chance, um unsere Ziele zu erreichen und nicht als Risiko für unsere Ziele, wie es Matthias Probst (Grüne) sagte. Und es ist eine beträchtliche Unterstellung, wenn man der Kommission ein Durchpeitschen von Verdichtung unterstellt, nachdem diese ein Jahr über die Weisung debattiert hat. Betrachtet man die vier Parteien, die die Rückweisung der AL unterstützen, entsteht ein widersprüchliches Bild. Als Stadtrat würde ich die gleiche Weisung nochmals bringen, da ich gar nicht wüsste, was mir diese Leute mitteilen wollten. Die AL sagt, das Projekt müsse verträglicher werden. Das sagen die Grünen auch mit ihren Änderungsanträgen. Die SVP sagt, es brauche mehr Parkplätze. Die EVP sagt, man müsse die kleinen Grundeigentümer miteinbeziehen. Diese kleinen Grundeigentümer haben die Genossenschaft gegründet, um ihr in Zukunft einmal ihr Häuschen zu verkaufen, wenn sie es nicht mehr bewohnen wollen und ihnen der Preis zusagt, den die Genossenschaft bietet. Diese Genossenschaft denkt in Jahrzehnten, vielleicht sogar Jahrhunderten. Und wir sprechen hier von Jahren, maximal Jahrzehnten. Ja, die Kommission braucht vielleicht nochmal ein oder zwei Runden, um über das Projekt zu debattieren, aber eben nicht Jahre und Jahrzehnte. Und wenn man behauptet, wir könnten uns Zeit lassen, da ein Einzonungsstopp besteht, dann muss ich entgegnen: Beim Kanton steht ein Tisch, auf den alle Mäppchen gelangen, die eine Ein- oder Umzonung verlangen. Diese Mäppchen werden eins nach dem anderen abgearbeitet und wenn wir uns jetzt Zeit lassen, werden wir die Letzten sein, deren Wunsch bearbeitet wird. Das Bedürfnis um Ein- oder Umzonung ist in den umliegenden Agglomerationen riesig. Es stand weiter die Forderung nach einfacheren Bauregeln im Raum. Es gibt eine einfache Regel und die lautet Regelbauweise. Diese haben Sie aber über den Haufen geworfen, als Sie die Gestaltungsplanpflicht definierten. Vielleicht machen wir das nächste Mal eine Motion, in der wir die Gestaltungsplanpflicht über den Haufen werfen, dann kann man dort ganz einfach bauen. Zur Rückweisung an den Stadtrat muss ich sagen: Ich gehe gerne mit der SVP auf die soziokulturelle Brache, die dort entstehen wird. Seien Sie vernünftig und weisen

Sie an die Kommission zurück, damit sich diese nochmals finden kann – damit wir diese Chancen, die aus der Verdichtung erwachsen, beschliessen können.

Patrick Hadi Huber (SP): *Jetzt ist genau einer dieser Momente, der aufzeigt, warum wir alle Politiker geworden sind. Wir diskutieren relativ spontan über Aktionen. Es ist allerdings systemfremd, kurz vor einer grossen Debatte eine Fraktion zu haben, die sagt, wir seien schon immer dagegen gewesen und darum weisen wir es zurück. Die SP hat den Grundsatzentscheid, dass wir hinter dem Projekt stehen, so wie es STR André Odermatt eingereicht hat. Ernst Danner (EVP) verlangt, dass wir mit den Leuten sprechen. Wir waren ja vor Ort und fast alle Kommissionsmitglieder sind bei diesem Besuch dabei gewesen. Es kamen auch andere Mitglieder aus dem Gemeinderat, um mit den Menschen vor Ort zu diskutieren. Wer dabei war, sah das Offensichtliche: Diese Menschen stehen alle an verschiedenen Punkten in ihrem Leben. Ihre Häuser stehen an verschiedenen Punkten ihrer Lebenszeit. Der Sanierungs- und Erneuerungsbedarf ist immens verschieden. Wir sprechen von mehr als 100 Parzellen und nicht von ein paar Leuten, die man mal eben kurz an einen Tisch berufen kann. Diese Illusion von «es kommt schon gut», teile ich nicht. Wenn Walter Angst (AL) behauptet, wir hätten keinen Zeitdruck, muss ich entgegnen, dass wir ein Versprechen abgegeben haben, in dieser Stadt Wohnungen zu schaffen – und zwar gemeinnützige Wohnungen und günstigen Wohnraum. Und genau dieses Projekt schafft 100 Prozent günstige Wohnungen und leistet der Verdichtung Vorschub. Wenn wir dieser Rückweisungskoalition zuhören, die an den Stadtrat zurückweisen möchte, hört man völlig verschiedene Gründe, warum zurückgewiesen werden soll. Und man sollte nicht der Illusion erliegen, dass wir am Schluss plötzlich alle dafür sind und totale Gemeinsamkeit herrscht. Bei der Rückweisung an die Kommission hingegen können wir das Projekt nochmal in Ruhe anschauen. Ich glaube nicht, dass unsere Positionen sehr weit auseinanderliegen – zumindest bei jenen, die an die Kommission zurückweisen möchten.*

Dr. Davy Graf (SP): *Matthias Probst (Grüne) hat es gesagt: Warum sollen wir all diese Verbesserungen über den Haufen werfen, die auf der Fahne notiert sind? Wir als SP sind in diesen Saal gekommen und standen vor einem Scherbenhaufen. Mit diesem Antrag schwenken wir nicht, sondern arbeiten weiter an etwas, das die Zukunft eines ganzen Quartiers darstellt. Ich bin froh, dass dieser Antrag auf Rückweisung an die Kommission eine Mehrheit in diesem Rat erreicht – zumindest sieht es so aus. Ob eine, zwei oder drei Sitzungen benötigt werden, diese Frage überlasse ich der Weisheit der SK HBD/SE.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Offensichtlich steckt der Teufel im Detail. Auch ich wusste nichts davon, als ich heute diesen Saal betrat. Die Kommission hat ganze Arbeit geleistet und die beiden Gestaltungspläne gründlich von Baumkrone bis Tiefgarage aufgedrösel. Man hat verschiedene Möglichkeiten lange und intensiv debattiert, eine Medienmitteilung verfasst und es entstand eine Koalition für eine Innenentwicklung und eine gute Planung. Wir haben dort draussen noch kein Projekt, das muss ich klarstellen. Wir haben hier zwei überlagernde Diskussionen. Die eine ist die SVP, die keine Verdichtung möchte, wie sie selbst sagt. Sie ist grundsätzlich gegen die Entwicklung an diesem Ort in diesem Ausmass. Andere sagen, es müsse im Bereich Grün weiter ausgebaut werden. Weitere wollen das Auto zurückholen, das herausgenommen worden ist. Ich sage: Wir dürfen die Chancen dieser Vorlage nicht in den Details verlieren. Diese Vorlage ist eine Planungsgrundlage. Der Gestaltungsplan legt Regeln fest, wie man Projektierungen zu machen hat. Es gibt noch kein einziges, konkretes Bauprojekt. Dies wurde in dieser Debatte immer verkehrt herum gesagt. Diese Pläne wurden nach allen Regeln der Kunst erstellt – inklusive der sozialen und ökologischen Dimensionen. Zur ökologischen*

noch ein Einschub: Wir haben neu 12 000 m² Grünfläche in dem Areal – und das ohne Siedlungsgrün. Heute sind es 11 000 m² – so geht Verdichtung. Wenn beim Rückweisungsantrag behauptet wird, der Stadtrat könne ja nur rasch eine neue Weisung bringen, handelt es sich um einen absoluten Trugschluss. Hier drin steht, man wolle eine neue Testplanung unter Einbezug des benachbarten, kleinteiligen Gebiets. Das heisst, man muss auf Feld null beginnen und bewegt sich sechs Jahre zurück, denn man hat 2013 damit begonnen. Der Einbezug der kleinen Eigentümer würde bedeuten, man auferlegt ihnen eine Gestaltungsplanpflicht und schränkt ihr Eigentum ein. Wir haben es gehört: Sie stehen alle an anderen Orten. Die gegründete Genossenschaft ist ein Mittel, um Interessen zu bündeln – das ist super. Der zweite Punkt in der Rückweisung ist der Wunsch nach einer Etappierung. Die vorliegenden Gestaltungspläne ermöglichen eine Etappierung, das wurde so in allen Details aufgezeigt. Weiter gehört das Partizipative in jede gute Planung. Schon 2013 hat man mit den Leuten aus dem Grubenacker das Gespräch geführt. Das Quartier war in der Dialoggruppe zur Testplanung mit dabei. Dazu gehörten der Gewerbeverein von Seebach und die damaligen Grundeigentümer genauso wie Teams von Soziologen bis zu Planern von Grünraum. Das ist eine sorgfältige Planung. Wir hatten vor zwei Wochen eine Veranstaltung mit dem Grubenackerquartier. Die Wohnbaugenossenschaft Zürich war ebenfalls mit dabei. Es herrschte eine richtiggehende Aufbruchstimmung hin zum nächsten Schritt. Man überlegte, was entstehen könnte, wenn die Gestaltungspläne um die städtische Thurgauerstrasse in Kraft treten. Es ist ein Prozess, mit dem man auf die ganz unterschiedlichen Geschwindigkeiten eingehen kann, die die einzelnen Eigentümer haben, mit dem man ausloten kann, ob es ein koordiniertes Vorgehen braucht, in dem die Genossenschaften auch mal nach vorne treten können. Hier steckt viel kreatives Potenzial drin. Mit dem Rückweisungsantrag würden wir uns in der nächsten Legislatur um 2024, 2025 wieder hier treffen und zwischen 2028 und 2030 mit dem Projekt beginnen. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg. Eine Bemerkung zur Partizipation: Gestaltungspläne müssen aufgelegt werden, es wurden viele Einwände vorgebracht, viele konnten berücksichtigt werden. Einer der wichtigsten war die Anpassung der Höhe, die von der Thurgauerstrasse her in das kleinteilige Gebiet am Grubenacker absteigend festgelegt wurde, so dass man sich bei künftiger Ausnutzung des Potenzials auf Augenhöhe begegnen wird. Heute nutzen viele nur einen Drittel ihrer Fläche. Sollte das kein sauberes Einbinden der Nachbarschaft in den Planungsprozess sein, dann muss mir jemand erklären, wie man das anders machen soll, ohne ihr Eigentum mit einer Gestaltungsplanpflicht einzuschränken. Darum bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag wie er vorliegt, abzulehnen. Ich vermute, die Mehrheiten liegen im Moment bei der Rückweisung in die Kommission. Dort wird man schauen müssen, wie man diese Diskussion starten soll und über was man nochmals diskutiert. Mit der Medienmitteilung gelangte man mit einer gemeinsamen Position an die Öffentlichkeit und dieser Konsens wurde nun wenige Minuten vor der Sitzung wieder aufgebrochen. Ich finde das als ehemaliger Gemeinderat sehr speziell, aber die Wege sind bekanntlich häufig unergründlich.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag 1 (Rückweisung an den Stadtrat)	46 Stimmen
Antrag 2 (Rückweisung an die SK HBD/SE)	75 Stimmen
Antrag 3 (keine Rückweisung)	<u>0 Stimmen</u>
Total	121 Stimmen
= absolutes Mehr	61 Stimmen

Damit ist dem Antrag 2 (Rückweisung an die SK HBD/SE) zugestimmt.

Damit ist beschlossen:

Die Vorlage wird an die SK HBD/SE zurückgewiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1474. 2019/310

Postulat von Monika Bättschmann (Grüne), Christine Seidler (SP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 03.07.2019:

Einführung eines Gebührenmodells zur Finanzierung der verursachergerechten Reinigungs- und Entsorgungskosten im öffentlichen Raum

Von Monika Bättschmann (Grüne), Christine Seidler (SP) und 4 Mitunterzeichnenden ist am 3. Juli 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen ein Gebührenmodell einzuführen, welches die verursachergerechten Reinigungs- und Entsorgungskosten im öffentlichen Raum, die durch das sogenannte «Littering» entstehen, finanziert.

Begründung:

Abfälle werden zu häufig acht- und rücksichtslos im öffentlichen Raum weggeworfen und liegen gelassen (Littering).

Für die Kosten der Reinigung und Abfallentsorgung im öffentlichen Raum, werden heute die Verursachenden nicht zur Finanzierung beigezogen.

Als Verursachende gelten Betriebe, wie Lebensmittel-Detailgeschäfte, Bäckereien, Getränkeläden, Kioske, Convenience-Stores, Tankstellenshops, Tabakwarenläden, Restaurants mit Take-Away, Take-Away-Stände ohne Restaurant, Verpflegungsautomaten und Zigarettenautomaten.

Den Betrieben soll es überlassen werden eine Gebührensenkung oder ein Gebührenerlass zu erwirken, indem sie ihr Verkaufsangebot ändern (z. B. durch Verminderung des Abfalls mittels Ersatz von Einweggeschirr, oder eigenständiges Einsammeln des verursachten Abfalls).

Die Einführung eines verursachergerechten Instrumentes zur Finanzierung der Entsorgung von Siedlungsabfällen im öffentlichen Raum entspricht den Vorgaben des Bundesgerichtes.

Mitteilung an den Stadtrat

1475. 2019/311

**Postulat von Zilla Roose (SP) und Markus Merki (GLP) vom 03.07.2019:
Verbesserung der Abstellmöglichkeiten für Fahrräder bei den Sportplätzen Hardhof**

Von Zilla Roose (SP) und Markus Merki (GLP) ist am 3. Juli 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei den Sportplätzen Hardhof und insbesondere um das Garderoben-/Gastronomiegebäude herum die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder verbessert werden können. Der notwendige Flächenbedarf soll nicht auf Kosten des Kinderspielplatzes, der Sportplätze oder der Gastronomiefläche gedeckt werden.

Begründung:

Die Sportplätze Hardhof werden während den warmen Monaten von tausenden Sporttreibenden intensiv genutzt; sei es für Fussball, Tennis oder anderweitige Aktivitäten. Erfreulicherweise reisen viele Sporttreibende mit dem Velo an, was an manchen Tagen um das Garderoben-/Gastronomiegebäude zu chaotischen Zustände und zur verminderten Zugänglichkeit für Rettungsfahrzeuge führt. Daher sollen um das Garderoben-/Gastronomiegebäude sowie auch dezentral Abstellplätze für Fahrräder geschaffen werden, idealerweise mit Veloständern, so dass die Fahrräder ordentliche abgestellt und abgeschlossen werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

1476. 2019/312

**Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL), Ezgi Akyol (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 03.07.2019:
Benennung des Parks zwischen der Badener- und Zweierstrasse nach Rosa Luxemburg**

Von Dr. David Garcia Nuñez (AL), Ezgi Akyol (AL) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 3. Juli 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob der Park zwischen Badenerstrasse und Zweierstrasse den Namen Rosa-Luxemburg-Park erhalten kann.

Begründung:

Rosa Luxemburg (1871-1919) ist eine zentrale Figur der europäischen Arbeiter_innenbewegung, des Antimilitarismus, des Marxismus und des proletarischen Internationalismus. Neun Jahre lang, von 1889 bis 1898, lebte Rosa Luxemburg in Zürich, bevor sie in Berlin zur Anführerin der deutschen Arbeiter_innenbewegung wurde. In Zürich studierte Rosa Luxemburg an verschiedenen Fakultäten, bevor sie ihr Studium der Volkswirtschaftslehre abschloss und eine Dissertation zum Thema «Die industrielle Entwicklung Polens» schrieb.

Während ihrer Jahre in der Schweiz war Rosa Luxemburg politisch aktiv. Sie publizierte zusammen mit ihrem Lebenspartner, den sie in Zürich kennenlernte, Schriften gegen Imperialismus und Militarismus und gab die polnische marxistische Arbeiter_innenzeitschrift "Sprawa Robotnicza" ("Sache der Arbeiter") heraus. Im August 1893 sprach sie auf dem III. Internationalen Arbeiter_innenkongress in Zürich vor einem grossen Publikum und begeisterte die Massen mit ihrem Redetalent mit einer Rede, in welcher sie für das Recht ihrer eigenen Zulassung am Kongress plädierte. Emotional blieb Rosa Luxemburg der Stadt Zürich verbunden. Auch nach ihrer Auswanderung nach Berlin sprach sie über die schönen Jahre, die sie im «heiteren, gottbegnadeten Zürich» verbracht hatte.

Rosa Luxemburg wurde vor 100 Jahren zusammen mit ihrem Parteikollegen Karl Liebknecht in Berlin ermordet. In der Stadt Zürich gibt es bis dato keine Strasse und keinen Platz, welche an die Anwesenheit dieser wichtigen Persönlichkeit in unserer Stadt erinnern würde. Einzig eine kaum lesbare Tafel bezeugt – ohne Nennung ihres Wirkens und ihrer Arbeiten –, dass Rosa Luxemburg in Zürich lebte.

Im Jahr ihres 100 Todestags wäre es angezeigt, dass die Stadt Zürich diese historische Unachtsamkeit korrigiert. Auch wenn Rosa Luxemburg selbst nicht in diesem Quartier lebte, steht ausser Diskussion, dass ein Park im historischen Arbeiter_innenquartier der beste Ort für die Erinnerung an diese historische Figur darstellt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die drei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

1477. 2019/123

Schriftliche Anfrage von Pablo Bünger (FDP) und Yasmine Bourgeois (FDP) vom 27.03.2019:

Umbau der Villa Hohenbühl für die Stadtpolizei, Gründe für die Standortwahl und Ergebnisse der allenfalls alternativ geprüften Orte oder der weiteren Nutzungsmöglichkeiten sowie Vereinbarkeit der geplanten Parkplatzzahl mit den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 528 vom 19. Juni 2019).

1478. 2019/296

Interpellation von Susanne Brunner (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 26.06.2019: Besetzung des Pfingstweidparks durch Protestierende gegen die Asylgesetzrevision, rechtliche Grundlagen und Kriterien für den Entscheid der Duldung der Besetzung, für die Auflösung von illegalen Partys und für das Eingreifen bei Lärmklagen sowie Kriterien hinsichtlich der Abgabe von Nahrungsmitteln im Rahmen von legalen und illegalen Anlässen

Die Interpellation wird gemäss Beschluss des Büros vom 1. Juli 2019 zurückgewiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Nächste Sitzung: 3. Juli 2019, 21.00 Uhr.